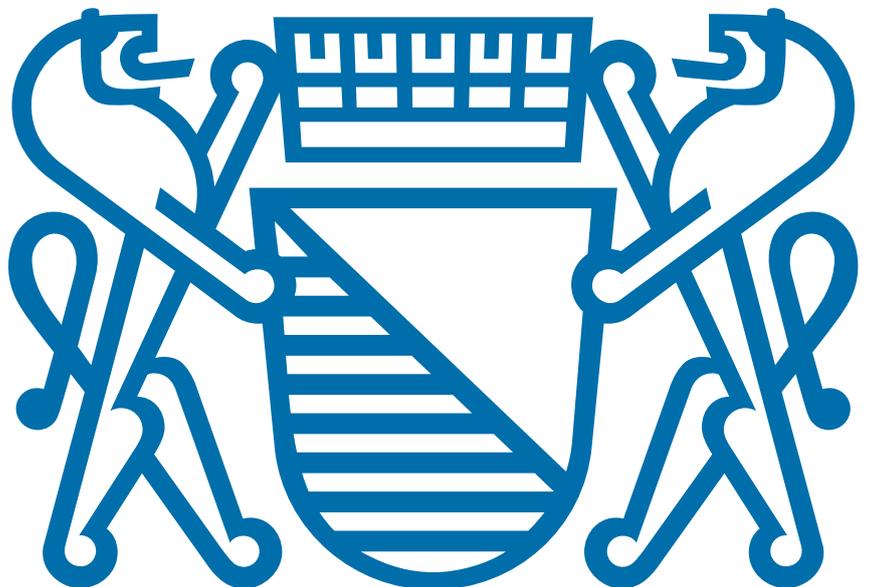




Stadt Zürich

# Sicherheits- departement

Auszug aus dem Geschäftsbericht 2019 des Stadtrats



# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Sicherheitsdepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>105</b>
<b>2.</b>	<b>Jahresschwerpunkte</b>	<b>106</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Sicherheitsdepartement</b>	<b>108</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Dienstabteilungen</b>	<b>109</b>
<b>4.1</b>	<b>Departementssekretariat</b>	<b>109</b>
4.1.1	Aufgaben	109
4.1.2	Finanzkennzahlen	109
<b>4.2</b>	<b>Stadtpolizei</b>	<b>109</b>
4.2.1	Aufgaben	109
4.2.2	Jahresschwerpunkte	109
4.2.3	Allgemeine Kennzahlen	112
4.2.4	Spezifische Kennzahlen	113
<b>4.3</b>	<b>Schutz &amp; Rettung</b>	<b>113</b>
4.3.1	Aufgaben	113
4.3.2	Jahresschwerpunkte	113
4.3.3	Allgemeine Kennzahlen	115
4.3.4	Finanzkennzahlen	116
<b>4.4</b>	<b>Dienstabteilung Verkehr</b>	<b>117</b>
4.4.1	Aufgaben	117
4.4.2	Jahresschwerpunkte	117
4.4.3	Allgemeine Kennzahlen	119
4.4.4	Spezifische Kennzahlen	120
<b>4.5</b>	<b>Stadtrichteramt</b>	<b>120</b>
4.5.1	Aufgaben	120
4.5.2	Jahresschwerpunkte	121
4.5.3	Spezifische Kennzahlen	122
4.5.4	Allgemeine Kennzahlen	122
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>124</b>

# 1. Vorwort



lic. phil. Karin Rykart. (Bild: Sicherheitsdepartement)

2019 war ein bewegtes Jahr. Mit Ereignissen, die bis in die Schweiz und nach Zürich hineinwirkten. Da war und ist das Thema Klimawandel, bei dem mir zunächst ein Pressefoto einfällt. Es zeigt Hunde, die in geschmolzenem Eiswasser im Nordwesten Grönlands einen Schlitten ziehen. Venedig stand unter Wasser, Australien brannte und in Zürich demonstrierten Tausende besorgte Bürgerinnen und Bürger für den Klimaschutz. Selbst das Feuerwerk am Züri Fäscht wurde wegen der Klimaerwärmung von Teilen der Bevölkerung kritisiert. Aber auch weniger weltumspannende Themen beschäftigten uns. Als die Kathedrale Notre-Dame brannte, interessierten sich die Medien und die Menschen in unserer Stadt dafür, ob so eine Katastrophe auch in Zürich möglich wäre und wie unsere Einsatzkräfte auf einen solchen Fall vorbereitet sind. Andere Probleme sind bekannt und werden uns länger beschäftigen. Die Terrorattacke in London im vergangenen Dezember führte uns erneut vor Augen, dass wir auch in Zürich weiterhin wachsam sein und geeignete Massnahmen gegen terroristische Angriffe bereithalten müssen. Mit der Tötung des Terroristen al-Baghdadi zeigte sich dann auch, wie heikel die internationale Sicherheitslage einzustufen ist.

Doch auch kleinräumige Themen forderten das Sicherheitsdepartement und seine Dienstabteilungen im Jahr 2019. Das Sicherheitsdepartement konnte zusammen mit dem Sozialdepartement sowie dem Schul- und Sportdepartement und den beiden Stadtzürcher Fussballclubs GC und FCZ das Projekt «Doppelpass» erfolgreich beenden und in die bestehenden Strukturen überführen. Künftig werden sich die Stadt Zürich, die beiden Fussballclubs, der ZSC, die Staatsanwaltschaft und die Swiss Football League gemeinsam dafür einsetzen, die Gewalt im Zusammenhang mit Fussballspielen einzudämmen.

Die Stadtpolizei hat das Projekt «Polizeipräsenz in der Grossstadt» in Angriff genommen, mit dem unter anderem die Polizeiarbeit noch mehr auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet werden und die Gewalt gegen Polizeiangehörige weiter verringert werden soll. Die Dienstabteilung Verkehr hat

erfolgreich eine Smartphone-App zur Bezahlung von Parkgebühren eingeführt und zusammen mit zahlreichen Partnerorganisationen die Präventionskampagne «Grosi an Bord» lanciert, mit der das Verkehrsklima verbessert werden soll. Das Stadtrichteramt hat die Umsetzung seiner IT-Strategie und des Record Managements in Angriff genommen.

Neuen Herausforderungen einer wachsenden Stadt stellen sich die Stadtpolizei wie auch Schutz & Rettung mit ihren Standortstrategien. Diese umfassen bei der Stadtpolizei eine Teilzentralisierung und basieren primär auf den drei Standorten Amtshäuser, Förrlibuck/Mühleweg und Stützpunkt Nord. Ende Oktober 2019 wurde der Rohbau für den Neubau der Kriminalabteilung am Mühleweg fertiggestellt. Schutz & Rettung arbeitet intensiv und längerfristig daran, die Notfallgrundversorgung für das ganze Stadtgebiet durch Rettungsdienst, Berufsfeuerwehr und Milizfeuerwehr von den drei bestehenden Wachen Süd, Zentrum (Neumühlequai) und Flughafen sowie den drei neuen Wachen im Norden (mit zentraler Einsatzlogistik), Westen und Osten der Stadt aus sicherzustellen. Auch das Stadtrichteramt hat 2019 die notwendigen Vorbereitungen für den Umzug nach Zürich-Seebach ins Verwaltungszentrum Eggbühl getroffen.

Damit die Arbeit in den Dienstabteilungen optimal gelingen kann, braucht es eine sorgfältige Personalpolitik. Ein besonderes Anliegen ist es mir, dass für Frauen die Attraktivität von Berufen in der Dienstabteilung Verkehr, bei Schutz & Rettung und der Stadtpolizei weiter zunimmt. Angehörige in den Blaulichtorganisationen sind mit speziellen Belastungen konfrontiert. Deshalb müssen wir beispielsweise bei den Rettungsanwärterinnen und Rettungsanwärtern die Altersentlastung im Auge behalten und bei den Feuerwehrleuten der körperlichen Leistungsfähigkeit Sorge tragen. Die Anforderungsprofile an die einzelnen Berufe sind regelmässig zu überprüfen, und bei der Personalgewinnung sind neue Wege zu beschreiten. Was gestern noch über ein Zeitungsinserat funktioniert hat, erfolgt heute über die digitalen Medien. Dass wir bei all unseren Bemühungen auf dem richtigen Weg sind, zeigt die Auszeichnung von Schutz & Rettung als «Top Employer Schweiz 2019».

Das Engagement und die Leistung meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Departementssekretariat und in den vier Dienstabteilungen Stadtrichteramt, Verkehr, Schutz & Rettung und Stadtpolizei beeindruckt mich immer wieder. Mit viel Fachwissen, Ausdauer und Kreativität setzen sie sich für unsere Stadt und ihre Einwohnerinnen und Einwohner ein. Dafür spreche ich ihnen auch für das Jahr 2019 meinen grossen und herzlichen Dank aus.

Stadträtin lic. phil. Karin Rykart  
Vorsteherin des Sicherheitsdepartements

## 2. Jahresschwerpunkte

### Sport ohne Gewalt

Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Stadtzürcher Fussballclubs, der Staatsanwaltschaft und weiteren Institutionen hat sich im Projekt «Doppelpass» gegen Gewalt im Umfeld von Fussballspielen bewährt. Die Beteiligten haben 2019 beschlossen, «Doppelpass» als institutionalisiertes Gremium weiterzuführen. Die Vorstehenden des Sicherheitsdepartements, des Sozialdepartements und des Schul- und Sportdepartements, die Clubpräsidenten von ZCZ, GC und ZSC Lions treffen sich mehrmals jährlich in einer Delegation zu strategischen und politischen Fragen. Während die operativ Verantwortlichen in einem Stab «Doppelpass»-Projekte ausarbeiten oder Arbeitsgruppen für konkrete Massnahmen aufstellen. Die Beteiligten bleiben so im regelmässigen Austausch und übernehmen gemeinsam Verantwortung beim Problem der Gewalt im Zusammenhang von Sportveranstaltungen. Einerseits im präventiven Bereich, mit Massnahmen gegenüber jungen Fans, die Gewalt ablehnen oder lediglich tolerieren. Im Gegensatz zu dieser grössten Fangruppe stehen bei der Minderheit von gewalttätigen, kriminellen Fans repressive Massnahmen im Zentrum. Die Ziele der Zusammenarbeit sind neben dem Rückgang der Gewalt eine gemeinsame Haltung aller Beteiligten zum Thema Gewalt, der Austausch von Informationen, das Beschliessen gemeinsamer Massnahmen und deren Koordination sowie Ansprech- und Kommunikationsgremium gegen aussen.

Auf diese Weise wird gemeinsam am Thema weitergearbeitet, und bei Zwischenfällen kann rasch reagiert werden. Die Stadt Zürich wie auch GC und FCZ sind sich bewusst, dass das Gewaltproblem im Umfeld von Fussballspielen nicht gelöst ist. Die Stadt Zürich und die Clubs übernehmen gemeinsam Verantwortung, wo sie Einfluss nehmen können.

### Polizeiarbeit in der Grossstadt

Die Stadtpolizei hat mit verschiedenen Anspruchsgruppen zu tun: der Wohnbevölkerung, Pendlerinnen und Pendlern, Besucherinnen und Besuchern des Nachtlebens, mit Touristinnen und Touristen und vielen mehr.

Die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements und die Stadtpolizei verfolgen gemeinsam das Ziel, die sichtbare Polizeipräsenz optimal auf die Bedürfnisse und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung abzustimmen. Zu diesem Zweck setzten sich das Sicherheitsdepartement und die Stadtpolizei im Rahmen des Projekts «Polizeipräsenz in der Grossstadt» vertieft mit diesen Bedürfnissen und der Wahrnehmung der Polizei im öffentlichen Raum auseinander.

Anfang Oktober 2019 führte die Firma DemoSCOPE eine Umfrage im öffentlichen Raum durch. Von den 446 Passantinnen und Passanten waren 45 % in der Stadt wohnhaft, die übrigen zum Teil häufig zum Beispiel als Pendlerinnen und Pendler, zum Teil seltener oder gar erstmals in Zürich.

97 % der Befragten gaben an, sich in Zürich sehr sicher oder eher sicher zu fühlen.

Einer überwiegenden Mehrheit ist es wichtig, im öffentlichen Raum mit der Polizei in Kontakt treten zu können. Aber für gut die Hälfte (54 %) wirkt die Polizei heute nicht so, als dürften sie diese ansprechen.

Erkenntnisse aus dieser Umfrage sind:

- Die Sichtbarkeit ist auf einem guten Stand.
- Die Ansprechbarkeit ist optimierbar.
- Leichte Tendenz für mehr Präsenz zu Fuss und am richtigen Ort.

Um detailliertere, neue Erkenntnisse zu den Bedürfnissen der Bevölkerung zu gewinnen, wurde im Rahmen des Projekts eine schriftliche Befragung bei den folgenden sieben Fokusgruppen durchgeführt: Jugendliche, Quartiervereine, Bar- und Clubbetriebe, Gewerbevereine, Klientel Kontakt- und Anlaufstellen, Beratungsstellen und NGO im Bereich Migration und Prostitution sowie Polizei. Der Austausch mit diesen Fokusgruppen wird in Gesprächen Anfang 2020 auf der Grundlage der schriftlichen Antworten vertieft.

### Sicher Velofahren

Neu werden schnell realisierbare Massnahmen im Expressverfahren umgesetzt: 2019 konnte so an fünf Stellen die Sicherheit für Velofahrende verbessert werden. Auch in «normalen» Bauprojekten wird ein stärkerer Fokus auf die Sicherheit für Velofahrende gelegt. Die Bestandsaufnahme der rund 80 Mischflächen, also Flächen, die sich Fussgängerinnen und Fussgänger sowie Velofahrerinnen und Velofahrer teilen, wurde im Berichtsjahr abgeschlossen, und rund ein Dutzend konnte bereits entflochten werden. Die Stadtpolizei erarbeitet eine moderne Präventionskampagne mit aufeinander abgestimmten präventiven und repressiven Massnahmen mit dem Ziel, die Unfälle, insbesondere auch von E-Bike-Lenkenden, langfristig zu reduzieren. Sie wird 2020 gestartet und drei Jahre laufen. Die Dienstabteilung Verkehr hat zusammen mit den Verkehrsverbänden die breit angelegte Kampagne «Grosi an Bord!» zur Verbesserung des Klimas unter allen Verkehrsteilnehmern bereits 2019 lanciert. Mit der Überarbeitung des Masterplans Velo wurde gestartet. Er wird unter anderem dem Sicherheitsaspekt mehr Gewicht geben und im Herbst 2020 vorliegen.

### Erhalt der städtischen Autonomie im Verkehrsmanagement

Noch in der letzten Legislatur hat die parlamentarische Kommission des Kantonsrats über Änderungen des Strassengesetzes beraten, die die Kompetenzen der Städte Zürich und Winterthur teilweise massgeblich beschnitten hätten. Der Kantonsrat hat die Vorlage am 26. August 2019 mit 94 : 82 Stimmen abgelehnt.

### Führungsräume

In ausserordentlichen Lagen (Katastrophen) in der Stadt Zürich wird der Führungsstab der Stadt Zürich (FSZ) in den Führungsraum im Amtshaus I aufgeboten. Sollte das Amtshaus I nicht verfügbar sein, ist der Kommandoposten (KP) Rieterpark der Zivilschutzorganisation (ZSO) als Ausweichstandort vorgesehen. Dieser dient heute in Form einer Friedensnutzung auch als Not-Einsatzzentrale der Stadtpolizei. Im Kriegsfall müsste diese Not-Einsatzzentrale auf Anordnung von Bund oder Kanton rückgebaut werden.

Der KP Susenberg erfüllt heute ebenfalls eine Doppelfunktion: zum einen als Kommandoposten der ZSO und zum anderen als Kommandoposten für den Stadtrat in seiner Funktion als Ortsleitung für den Fall einer ausserordentlichen Lage.

Die Ist-Situation ist unbefriedigend, da einerseits die Not-Einsatzzentrale der Stadtpolizei im Kriegsfall nicht über einen garantierten Standort verfügt und andererseits der Stadtrat in einer ausserordentlichen Lage nicht aus einem unterirdischen Kommandoposten, sondern aus dem Stadthaus führen will.

Durch eine Funktionsrochade sollen die Friedens- und die Kriegsnutzung entflochten werden. Die ZSO soll künftig den KP Susenberg ganz nutzen. Der KP Rieterpark soll im Gegenzug aus der Funktion als Schutzanlage und damit aus der Verantwortung von Bund und Kanton entlassen werden. Damit kann der Standort Rieterpark dauerhaft durch die Not-Einsatzzentrale der Stadtpolizei belegt werden und zudem in ausserordentlichen Lagen als Ausweichstandort für den Führungsstab der Stadt Zürich dienen. 2019 wurde ein Belegungs- und Nutzungskonzept für den KP Susenberg und den KP Rieterpark erarbeitet.

### **Ausbildungszentrum Rohwiesen**

Die Ausbildung der verschiedenen Organisationseinheiten des Sicherheitsdepartements ist heute örtlich verteilt. Teilweise entspricht die Infrastruktur nicht mehr den Anforderungen.

Das Stimmvolk der Stadt Zürich hat dem Objektkredit zum Um- und Neubau Ausbildungszentrum Rohwiesen (AZR) am 10. Juni 2018 zugestimmt. Bis voraussichtlich 2022 wird das Ausbildungszentrum fertiggestellt und betriebsbereit sein. Im um- und neugebauten AZR sollen künftig Mitarbeitende und Milizdienstleistende der im Sicherheitsdepartement vertretenen Säulen des Bevölkerungsschutzes (Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen [Rettungsdienst], Technische Betriebe [Verkehrsmanagement] und Zivilschutz) sowie Angehörige der für die Bewältigung von Grossereignissen eingesetzten Stäbe ausgebildet werden. Zudem stärkt es durch die Bereitstellung einer professionellen Infrastruktur die überregionale Zusammenarbeit mit allen Blaulichtorganisationen. Dies ermöglicht eine Kompetenzerweiterung durch den fachlichen Austausch über die eigene Organisation hinaus und erwirtschaftet einen zusätzlichen Deckungsbeitrag.

Der Bau des AZR verläuft nach Plan. Sowohl zeitlich als auch finanziell ist das Projekt auf Kurs. Das Projektteam, bestehend aus vier Vertretenden vom Amt für Hochbauten (AHB), der Immobilienbewirtschaftung (IMMO), des Sicherheitsdepartements (SID) und des Architekturbüros, führt das Projekt und rapportiert dem Steuerungsausschuss – bestehend aus je einem Vertretenden aus AHB, IMMO und SID.

Für den Betrieb des künftigen Bildungszentrums Blaulicht (BZB) – so soll das AZR nach Inbetriebnahme heissen – wurde ein erster, sogenannter Businessplan erarbeitet.

Seit Ende 2019 führt das Projektteam «Betrieb» die betriebsrelevanten Themen und rapportiert dem Steuerungsgremium BZB. Dieses Team setzt sich zusammen aus der Vorsteherin des Sicherheitsdepartements, dem Direktor von Schutz & Rettung Zürich, dem Kommandanten der Stadtpolizei, dem Departementssekretär SID, dem Leiter Betrieb BZB und dem Projektleiter AZR/SID.

### **Gleichstellungsplan**

Zur Förderung einer angemessenen Geschlechtervertretung hat das Sicherheitsdepartement verschiedene Massnahmen im Rahmen des Gleichstellungsplans ergriffen und 2019 an der Definition der Schwerpunkte, den Zielen und Massnahmen bei der Erstellung des neuen Gleichstellungsplans 2019–2022 mitgearbeitet.

Dem städtischen Ziel, den Frauenanteil im Kader auf 35 % zu erhöhen, wurde 2019 besondere Aufmerksamkeit geschenkt und der Prozess angepasst. So müssen Stellenbesetzungen, die der Zielvorgabe zuwiderlaufen, gegenüber der Departementsvorsteherin begründet werden. Der Frauenanteil hat sich dadurch nicht verändert und bleibt ausser im Stadtrichteramt deutlich unter dem Zielwert. Einerseits waren nur wenige Kaderstellen neu zu besetzen und gleichzeitig fehlte es an qualifizierten Bewerbungen von Frauen. Hier muss der Fokus künftig darauf gelegt werden, die Attraktivität der Führungsjobs für Frauen und Männer mit Betreuungsaufgaben noch weiter zu erhöhen.

Die Stadtpolizei hat mit der Personalwerbekampagne «Mach Zürich zu deinem Revier – Komm zur Stadtpolizei» den Polizeiberuf in seiner ganzen Facette gezeigt mit dem Ziel, die Attraktivität des Polizeiberufs auch für Frauen zu erhöhen. Ob und welche Auswirkungen das auf die zukünftigen Aspirantinnen und somit potenziellen Kaderfrauen hat, wird sich in den nächsten Jahren zeigen.

Im Rahmen des Nationalen Zukunftstages haben die Departementsvorstehenden und weitere Führungsfrauen bei der Stadtpolizei am Spezialprogramm «Ein Tag als Chefin» teilgenommen. Interessierte Mädchen konnten auf diese Weise die Rolle einer Chefin kennenlernen.

### 3. Kennzahlen Sicherheitsdepartement

	2015	2016	2017	2018	2019 <sup>1</sup>
<b>Mitarbeitende total</b>	<b>3155</b>	<b>2865</b>	<b>2879</b>	<b>2896</b>	<b>2919</b>
davon Frauen	1004	798	820	832	833
davon Männer	2151	2067	2059	2064	2'086
<b>Ø FTE / Stw.-Ä.<sup>2</sup></b>	<b>2645</b>	<b>2654</b>	<b>2681</b>	<b>2691</b>	<b>2'703</b>
<b>Führungskader total</b>	<b>631</b>	<b>621</b>	<b>613</b>	<b>607</b>	<b>588</b>
davon Frauen	69	66	66	68	62
davon Männer	562	555	547	539	526
<b>Vertretung der Geschlechter im Kader (in %)</b>					
<b>Funktionsstufe</b>	<b>Frauen Männer</b>				
FS 16–18	– –	16,7 83,3	16,7 83,3	16,7 83,3	23,1 76,9
FS 14–15	– –	12,5 87,5	14,3 85,7	15,0 85,0	10,5 89,5
FS 12–13	– –	24,5 75,5	21,4 78,6	19,7 80,3	22,3 77,7
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90,00 % (Vollzeitstellen)</b>					
<b>Total</b>	<b>2342</b>	<b>2336</b>	<b>2342</b>	<b>2333</b>	<b>2'340</b>
Frauen	419	426	443	440	437
Männer	1923	1910	1899	1893	1'903
Frauen (in %)	17,9	18,2	18,9	18,9	18,7
Männer (in %)	82,1	81,8	81,1	81,1	81,3
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50,00–89,99 % (Teilzeitstellen I)</b>					
<b>Total</b>	<b>393</b>	<b>453</b>	<b>464</b>	<b>490</b>	<b>499</b>
Frauen	280	302	310	328	331
Männer	113	151	154	162	168
Frauen (in %)	71,2	66,7	66,8	66,9	66,3
Männer (in %)	28,8	33,3	33,2	33,1	33,7
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0,01–49,99 % (Teilzeitstellen II)</b>					
<b>Total</b>	<b>482</b>	<b>116</b>	<b>115</b>	<b>126</b>	<b>129</b>
Frauen	338	84	81	89	91
Männer	144	32	34	36	38
Frauen (in %)	70,1	72,4	70,4	71,2	70,5
Männer (in %)	29,9	27,6	29,6	28,8	29,5
<b>Lernende</b>					
<b>Total</b>	<b>19</b>	<b>18</b>	<b>18</b>	<b>17</b>	<b>18</b>
davon Frauen	11	10	9	6	8
davon Männer	8	8	9	11	10
Personalaufwand	384'347'141	382'900'662	386'732'490	386'575'821	383'356'438
Sach- und übriger Betriebsaufwand	64'781'233	67'400'235	68'984'823	67'867'950	76'507'810
Übriger Aufwand	109'319'915	106'872'720	112'485'597	122'352'680	91'714'873
Total Aufwand	558'448'289	557'173'617	568'202'910	576'796'451	551'579'121
Bruttoinvestitionen <sup>3</sup>	13'795'680	12'745'031	16'168'095	20'736'033	25'417'973

<sup>1</sup> Ab 2019 richten sich die Finanzkennzahlen nach der Rechnungslegung gemäss HRM2

<sup>2</sup> Bis 2015 wurde der Stw.-Ä. und ab 2016 aufgrund der Umstellung auf SAP-HCM-Standard der FTE (entspricht dem Beschäftigungsgrad Netto) ausgewiesen.

<sup>3</sup> Investitionsausgaben des Verwaltungsvermögens

**Definitionen:**

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeiterkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind.

Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung per 31. Dezember gezählt.

Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

## 4. Departementssekretariat, Dienstabteilungen

### 4.1 Departementssekretariat

#### 4.1.1 Aufgaben

Zentrale Aufgabe des Departementssekretariats ist es, die Departementsvorsteherin bei ihrer Geschäftsführung zu unterstützen. Als Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung hat das Departementssekretariat die verschiedenen

Interessen im Auge zu behalten und den Ausgleich zu suchen. Daneben sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stabs in zahlreichen Projekten involviert. Die breite politische Thematisierung städtischer Anliegen in der Sicherheitspolitik wird mit einer transparenten, sachlichen und aktiven Kommunikation unterstützt.

#### 4.1.2 Finanzkennzahlen

Beträge (in Fr.)	2015	2016	2017	2018	2019
Aufwand	4 344 005	4 299 791	4 245 950	4 120 367	4 063 420
Ertrag	-107 599	-121 041	-128 671	-129 866	-84 829
<b>Saldo</b>	<b>4 236 406</b>	<b>4 178 750</b>	<b>4 117 279</b>	<b>3 990 501</b>	3 978 591

### 4.2 Stadtpolizei

#### 4.2.1 Aufgaben

Auf dem Gebiet der Stadt Zürich sind zwei Polizeikorps tätig: die Kantonspolizei Zürich und die Stadtpolizei Zürich. Die Aufgabenteilung zwischen den beiden Polizeikorps ist im Polizeiorganisationsgesetz vom 29. November 2004 geregelt. Im sicherheitspolizeilichen Bereich handelt die Stadtpolizei ohne Einschränkungen. Im kriminalpolizeilichen Bereich stellt sie die Grundversorgung sicher. Zur Bewältigung stadtspezifischer Kriminalität verfügt sie bei Verfahren im Zusammenhang mit der Betäubungsmittelszene, mit Kinder- und Jugendproblemen und dem Sexualmilieu über umfassende Ermittlungskompetenzen. Auch in den weiteren kriminalpolizeilichen Belangen erfolgt die Erstaufnahme immer durch die Stadtpolizei.

Die Stadtpolizei Zürich arbeitet eng mit anderen städtischen Diensten zusammen, insbesondere mit dem Sozialdepartement, dem Gesundheits- und Umweltdepartement sowie dem Schul- und Sportdepartement. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass gesellschaftliche Probleme in den Städten nicht mit der Polizei allein, sondern nur im Verbund mit anderen städtischen Diensten angegangen werden können.

Für weitere Angaben: [www.stadt-zuerich.ch/stadtpolizei](http://www.stadt-zuerich.ch/stadtpolizei)

#### 4.2.2 Jahresschwerpunkte

##### Umsetzung Standortstrategie Stadtpolizei

Die in der Standort- und Raumbedarfsstrategie (SRBS) festgelegten Standorte der Stadtpolizei Zürich sind im kommunalen Richtplan Siedlung, Landschaft und öffentliche Bauten der Stadt Zürich vom 8. August 2018 enthalten. Der Stadtrat hat den nach der öffentlichen Auflage überarbeiteten Richtplan am 24. Oktober 2019 dem Gemeinderat zur Beratung überwiesen.

Für den Stützpunkt Nord ist im Richtplan ein Suchperimeter deklariert. Basierend auf dem Airgate-Gebäude wurde im Berichtsjahr ein Machbarkeitscheck erstellt. Dieser weist nach,

dass der Stützpunkt Nord im Erdgeschoss und im 1. Obergeschoss grundsätzlich realisierbar wäre.

Der Hauptstandort, einschliesslich Stützpunkt West, soll an der Förrlibuckstrasse 59/61 und dem Duttweiler-Areal realisiert werden. Eine Erschliessungsstudie des Areals liegt als Entwurf vor und wurde Ende 2019 der Stadtpolizei, der Dienstabteilung Verkehr, dem Tiefbauamt, Grün Stadt Zürich und dem Amt für Städtebau zur Vernehmlassung vorgelegt.

Der Baubeginn des Neubaus für die Kriminalabteilung am Mühleweg erfolgte am 1. Oktober 2018. Ende Oktober 2019 wurde der Rohbau 1 fertiggestellt. Die Übergabe an die Bauherrschaft soll planmässig im September 2021 erfolgen. Nach den spezifischen Bereitstellungen für die polizeiliche Nutzung wird das Gebäude im 1. Quartal 2022 durch die Kriminalabteilung sowie das Kommissariat Prävention bezogen.

##### Forensisches Institut (FOR)

Im Zusammenhang mit der geplanten Verselbstständigung des Forensischen Instituts Zürich (FOR) per 2022 hat das Stimmvolk der Stadt Zürich am 17. November 2019 die Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb des Instituts als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit 89 % Ja-Stimmen angenommen. Als Nächstes setzen sich der Zürcher Regierungsrat und der Kantonsrat mit der Vereinbarung und den nötigen kantonalen Gesetzesänderungen auseinander. Das Institut soll künftig als kantonale Polizeibehörde im Sinne des Bundesrechts gemeinsam durch den Kanton und die Stadt Zürich betrieben werden. Im FOR werden dann wie heute Polizeiangehörige beider Zürcher Korps arbeiten, die ins FOR abkommandiert werden. Die zivilen Mitarbeitenden werden beim künftigen FOR angestellt sein.

##### Teilzeitarbeit

Seit 2014 bietet die Stadtpolizei ihren Mitarbeitenden verschiedene Teilzeitmodelle an. Dies insbesondere mit dem Ziel, den Frauenanteil zu erhöhen. Die Angebote werden bisher noch nicht im gewünschten Mass genutzt. Die Stadtpolizei

bearbeitete das Handlungsfeld «Förderung von Teilzeitarbeit» deshalb auch im Jahr 2019 schwerpunktmässig weiter. Dem Wiedereinstieg von Polizistinnen nach dem Mutterschaftsurlaub wurde dabei besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Per 31. Dezember 2018 arbeiten bei der Stadtpolizei Zürich 404 Personen mit einem Teilzeitpensum – davon 388 mit Beschäftigungsgrad unter 90 %. Von den 404 Personen sind 293 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 46,31 % aller angestellten Frauen. Bei den Männern sind es 111 Personen, was einem Anteil von 7,27 % entspricht.

Konkret erhöhte sich der Anteil von Teilzeitanstellungen zwischen 2009 und 2018 von 10,7 % auf 19,5 %. Eine stete Zunahme von Teilzeitanstellungen – auch bei Schichtdienststellen – ist sowohl bei zivilen Funktionen als auch bei Korpsfunktionen beobachtbar.

Die Auswertung einer repräsentativen Umfrage bei allen Mitarbeitenden im Winter 2018/19 lieferte wertvolle Erkenntnisse zum Thema Teilzeit. An der Befragung nahmen insgesamt 858 Personen teil, was einer Quote von 39,79 % entspricht (259 Frauen und 599 Männer). Aus den Resultaten lässt sich generell keine signifikante Diskrepanz von Angebot und Nachfrage bei Teilzeitwünschen ableiten, da knapp 90 % aller Befragten mit ihrem Anstellungsumfang zufrieden sind. Diese Einschätzung trifft insbesondere auch für die Frontabteilungen zu. Die gesuchtesten Teilzeitanstellungen liegen bei Pensen zwischen 80 und 100 %. Mit etwas Abstand folgt der Wunsch nach einer 60%-Anstellung. Andere oder kleinere Pensen sind wenig gefragt. Diese Wünsche entsprechen mehrheitlich auch den Angeboten, die seitens der Vorgesetzten gemacht werden können. Die Umfrage zeigt auf, dass das bestehende Teilzeitangebot dem geforderten Bedarf entspricht.

Bei der Stadtpolizei können seit 2019 alle Mitarbeitenden, einschliesslich Kader, ihr Pensum auf 80 % im Rahmen der dienstlichen Tragbarkeit reduzieren.

### **Umsetzung Ergebnisse aus PiuS**

Das strategische Projekt PiuS «Polizeiarbeit in urbanen Spannungsfeldern» wurde im Laufe des Jahres 2018 abgeschlossen, und die Dienstanweisung «Polizeiliche Zwangsmassnahmen» ist seit dem 21. Dezember 2018 in Kraft. Im Anhang 1 dieser Dienstanweisung sind verbindliche und klare Kriterien für die Durchführung von Personenkontrollen definiert. Im Einzelnen sind dies folgende Kriterien:

- Ausschreibung und Fahndung
- Polizeiliche Lage und Bedrohung
- Konkrete Situation (Sachverhalte klären)
- Verhalten und Erscheinen einer Person
- Objektive Erfahrungswerte

Auf Basis der in der Dienstanweisung festgelegten einheitlichen Standards wurden die Schulungsunterlagen neu erarbeitet. Alle kontrollierenden Polizistinnen und Polizisten sind entsprechend den neuen Vorgaben ausgebildet.

Flankierend zur Umsetzung der einheitlichen Standards werden die Personenkontrollen weiterhin in einer eigens dafür entwickelten Applikation digital erfasst. Die Applikation

Personenkontrolle (APK) wird von den kontrollierenden Polizistinnen und Polizisten seit Februar 2018 genutzt. Für das Berichtsjahr 2019 liegt erstmals eine Statistik über zwölf Monate vor. Die Statistik gibt einen Überblick über Anzahl, Ort, Zeit und Grund einer Personenkontrolle sowie darüber, ob die Kontrolle zu einer polizeilichen Massnahme geführt hat oder nicht. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 22 757 Personenkontrollen erfasst (Vorjahr: 25 830). Dank der APK kann die Stadtpolizei die Entwicklung hinsichtlich Quantität, Qualität und Wirksamkeit von Personenkontrollen verfolgen und wenn nötig weitere Optimierungen vornehmen.

### **Releasewechsel Einsatzleitsystem (RELS)**

Im Juni 2018 nahm Schutz & Rettung (SRZ) als erste Blaulichtorganisation in der Schweiz die weiterentwickelte Version des bestehenden Einsatzleitsystems mit integrierten modernsten Karten- und Ortssuchfunktionalitäten (Rescuetrack-Karte) in Betrieb. Diese neue Funktionalität ermöglicht es SRZ, die eingeführte «Next-Best-Strategie» bestmöglich umzusetzen. In der Rescuetrack-Karte können sämtliche im Verbund eingesetzten Einsatzmittel bis in den süddeutschen Raum dargestellt und koordiniert werden. So ist garantiert, dass bei einem Notfall immer das Einsatzmittel aufgeboden wird, das die kürzeste Anfahrtszeit zum Ereignisort hat.

Die Umstellung bei der Stadtpolizei auf das neue Einsatzleitsystem erfolgte am 17. September 2019 ohne nennenswerte technische Zwischenfälle. Das System läuft stabil und wird durch Feinarbeiten und Anpassungen zusätzlich optimiert. Die Stadtpolizei Zürich ist das erste Polizeikorps der Schweiz, das operativ mit der neuen Rescuetrack-Karte tätig ist. Sie nimmt hier eine Vorreiterrolle ein. Andere Polizeikorps, wie die Kantonspolizei Zürich und die Stadtpolizei Winterthur, die im Jahr 2020 mit Rescuetrack in Betrieb gehen werden, können somit bereits von der Erfahrung der Stadtpolizei profitieren.

Die Weiterentwicklung des Einsatzleitsystems auf die Bedürfnisse der Polizei basiert auf einer intensiven Zusammenarbeit der Lieferfirma, des Informatik Dienstes (ID) und der Technischen Einsatzdisposition (TED) der Stadtpolizei Zürich. Die wichtige Vernetzung der verschiedenen Einsatzzentralen aller Blaulichtorganisationen in Zürich wird mit dem neuen Einsatzleitsystem weiter vorangetrieben und garantiert eine effiziente, organisationsübergreifende Ereignisbewältigung.

Durch den erfolgreichen Abschluss des Projekts RELS sind die Einsatzzentralen der Stadtpolizei und die Einsatzzentrale von SRZ für die Zukunft gerüstet und können den gesteigerten Anforderungen künftig weiterhin gerecht werden.

### **Bewilligungssystem (BeSys)**

Mit Stadtratsbeschluss Nr. 971 vom 30. November 2016 wurde das Projekt «BeSys» gestartet. Einerseits umfasst das Projekt die Ablösung des bestehenden, aber in die Jahre gekommenen, von der OIZ entwickelten IT-Tools «BeVepo», andererseits die Digitalisierung sowie Optimierung der Bewilligungsprozesse bei den nutzenden Verwaltungseinheiten und den Gesuchstellenden.

Im Jahr 2017 wurden vor allem Basis-Funktionalitäten entwickelt sowie der Prozess für die Bewilligung von Standaktionen digitalisiert. Ähnlich wie bei der Platzreservation für eine Kinovorstellung kann die Kundschaft online einsehen, welche

Plätze noch frei sind und diese dann direkt reservieren. Dies erspart den Kundinnen und Kunden sowie den Mitarbeitenden des Büros für Veranstaltungen zahlreiche telefonische Rücksprachen, wie etwa für das Erheben von Alternativen zu bereits belegten Wunsch-Standörtlichkeiten. Mit der neuen, rund um die Uhr zur Verfügung stehenden Dienstleistung wurde eine eigentliche Win-win-Situation geschaffen. Neu trifft die Kundschaft die Abklärung selbst und erhält umgehend die Gewissheit, dass die gewünschten Standorte effektiv zur Verfügung stehen.

Im Frühjahr 2019 erfolgte ein technisch notwendiger Wechsel, der es ermöglicht, die noch umzusetzenden Bewilligungsformulare, die zukünftigen Bewilligungsformulare sowie Formularanpassungen mit weniger Entwicklungsaufwand zu realisieren. In einer ersten Phase wurde die Programmierung des Bereichs Finanzen/Controlling in Angriff genommen. Das «Go live» dieser Phase ist im 1. Halbjahr 2020 vorgesehen.

### 4.2.3 Allgemeine Kennzahlen

	2015	2016	2017	2018	2019
Notrufe	138 095	147 230	142 600	156 996	159 461
Einsätze	57 610	59 100	64 540	66 163	65 674
<b>Einsatzstunden nach Veranstaltungsart*</b>					
Fussball und Eishockey	31 035	27 849	16 050	30 532	25 227
Konzerte	1 475	2 414	3 506	1 994	3 831
Grossveranstaltungen	12 424	23 029	17 887	19 171	31 116
Politische Demonstrationen und Kundgebungen	25 605	14 927	14 364	18 525	28 569
<b>Verkehrskontrollen<sup>1</sup></b>					
Motorisierter Individualverkehr (MIV)	–	–	–	807	1 005
Velo	–	–	–	115	247
Personenkontrollen (APK)	–	–	–	25 830	22 757
Unangekündigte Hausbesuche bei erleichterten Einbürgerungen (Gesuche)	460 (614)	231 (472)	200 (870)	78 (420)	51 (340)
Verzeigungen nach PGVO	793	861	818	634	457
Wegweisung 1 (mündlich, max. 24 h)	1 662	2 170	1 956	2 091	1 764
Wegweisung 2 (schriftlich, max. 24 h)	230	338	377	435	400
Wegweisung 3 (schriftlich, max. 14 Tage)	267	464	413	674	435
Gesamtkriminalität gemäss PKS (Total StGB-Delikte ohne BtMG)	45 438	41 721	43 203	44 251	43 489*
Betäubungsmittel-Konsum (PKS, Übertretung)	2 412	2 206	2 018	2 055	1 868*
Betäubungsmittel-Handel (PKS, leichte und schwere Fälle)	946	761	750	866	834*
Betäubungsmittel-Besitz (PKS, Übertretungen, leichte und schwere Fälle)	3 506	3 195	2 931	3 256	3 115*
Ordnungsbussen Cannabis (Konsum)	1 981	1 841	1 323	358	189
Ordnungsbussen fliessender und ruhender Verkehr	921 213	1 006 479	971 832	924 755	869 242
Ordnungsbussen kantonale Verordnung	161	94	107	127	104
Ordnungsbussen Gemeindeverordnung	592	608	650	619	395
ZAB Belegungszahl	530	751	873	912	927
Beschwerden Feedbackmanagement	314	340	276	286	364

\* Provisorische Zahlen Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS).

<sup>1</sup> Die Zahlen zu den Verkehrskontrollen zeigen die Anzahl durchgeführter Kontrollen und nicht die kontrollierten Verkehrsteilnehmer an.

#### 4.2.4 Spezifische Kennzahlen

Beträge (in 1000 Fr.)	Saldoentwicklung der Erfolgsrechnung				
	2015	2016	2017	2018	2019
Aufwand	343 445	341 882	346 496	347 006	338 716
Ertrag	-122 346	-124 258	-124 425	-123 958	-123 017
<b>Saldo</b>	<b>221 099</b>	<b>217 624</b>	<b>222 071</b>	<b>223 048</b>	<b>215 699</b>

### 4.3 Schutz & Rettung

#### 4.3.1 Aufgaben

Schutz & Rettung Zürich (SRZ) ist die grösste zivile Rettungsorganisation der Schweiz. Sie vereint unter einem Dach Rettungsdienst, Feuerwehr und Zivilschutz, die Einsatzleitzentrale für die Notrufnummern 144 und 118, die Feuerpolizei sowie die Höhere Fachschule für Rettungsberufe (HFRB).

SRZ garantiert die Grundversorgung in der Stadt Zürich und am Flughafen Zürich durch Feuerwehr und Sanität. Die Einsatzleitzentrale ist für den Feuerwehrnotruf 118 im Kanton Zürich und den Sanitätsnotruf 144 der Kantone Zürich, Zug, Schaffhausen und Schwyz zuständig. Die Organisation verfügt über das Know-how, das Personal, die nötigen Einsatzmittel und die Strukturen, um Einsätze vom Alltagsereignis über Grossanlässe bis hin zu ungeplanten Grossereignissen zu bewältigen.

SRZ arbeitet eng mit Partnerorganisationen zusammen und bildet die Berufsfeuerwehrlaute aus der ganzen Deutschschweiz aus. Die Zusammenarbeit sichert das gegenseitige Verständnis über Disziplinen und Organisationen hinweg, damit im Einsatz alles zusammenpasst und SRZ den Auftrag zugunsten der Bevölkerung erfüllen kann: das Schützen und Retten von Menschen, Tieren, Sachwerten und der Umwelt – rund um die Uhr.

Für weitere Angaben: [www.stadt-zuerich.ch/srz](http://www.stadt-zuerich.ch/srz)

#### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

##### SRZ übernimmt den Betrieb der Babyambulanz des Kinderspitals Zürich

Seit dem 7. Januar 2019 ist SRZ für die Transporte der aller kleinsten Patientinnen und Patienten mit einem speziell ausgerüsteten Einsatzfahrzeug des Kinderspitals verantwortlich. Es ist eine hochspezialisierte Intensivstation auf Rädern. In der gut zugänglichen Transport-Isolette können Ärztinnen und Ärzte, Pflegende und Rettungssanitäterinnen und -sanitäter während der Fahrt lebensrettende Massnahmen durchführen. Bis anhin lag der Betrieb bei einem privaten Sanitätsdienst. Das spezialisierte Betreuungspersonal für die Neugeborenen während des Transports kommt weiterhin aus dem Kinderspital. Auch der Standort der Babyambulanz auf dem Areal des Kinderspitals Zürich bleibt unverändert.

##### Anpassung Vertragsgebiet Rettungsdienst

Seit dem 1. Juli 2019 erfolgt die rettungsdienstliche Versorgung der Gemeinden Bassersdorf, Lufingen, Nürensdorf, Oberembrach, Oberglatt, Winkel sowie der Städte Kloten und Opfikon durch den Rettungsdienst der Spital Bülach AG. Bisher erbrachte SRZ diese Dienstleistung auf Basis eines Zusammenarbeitsvertrags mit der Spital Bülach AG, da dem spitaleigenen Rettungsdienst lange die nötigen Kapazitäten fehlten. Bei Engpässen bleibt die Nachbarschaftshilfe durch die am Flughafen Zürich stationierten Rettungsteams von SRZ sowie die SRZ-Notarztteams für Erwachsene, Kinder und Neugeborene weiterhin gewährleistet.

##### Zertifizierung «Top Employer Schweiz»

SRZ hat 2019 als erste öffentliche Verwaltung in der Schweiz das Label des Top Employers Institute erhalten. Dieses zeichnet bereits seit 1991 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber weltweit aus. Es honoriert damit Unternehmen für deren überdurchschnittliche Angebote für Mitarbeitende sowie für deren Personalführung und Personalstrategie. Anders als bei der ISO-Zertifizierung, bei der das gesamte Qualitätsmanagement des Unternehmens im Vordergrund steht, stellt die Zertifizierung zum Top Employer ausschliesslich die Mitarbeitenden in den Mittelpunkt. Es werden Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ausgezeichnet, die den Mitarbeitenden ermöglichen, sich persönlich und beruflich weiterzuentwickeln.

##### Standortstrategie Schutz & Rettung

Am 10. Juli 2019 genehmigte der Gemeinderat mit 83 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen bei 17 Enthaltungen die Erhöhung des Projektierungskredits für die Wache Nord mit Zentraler Einsatzlogistik auf 9,3 Millionen Franken.

Am 18. September 2019 genehmigte der Gemeinderat einstimmig mit 113:0 Stimmen den Objektkredit für die Instandsetzung des Amtshauses Walche, in dem die Wache Zentrum der Sanität untergebracht ist.

##### Umsetzung Projekt «Optimierung des Rettungswesens im Kanton Zürich» der Gesundheitsdirektion

Am 1. August 2019 trat die Ergänzung der geltenden Verordnung über das Rettungswesen betreffend Regelungen zur Luftrettung in Kraft. Darin wurde festgelegt, dass auch geplante Verlegungen mit dem Helikopter über die Einsatzleitzentrale (ELZ) von SRZ und das zur Verfügung gestellte Tool «EBAK» erfolgen müssen. Die ELZ entscheidet, welches das am besten geeignete verfügbare Rettungsmittel ist und disponiert den Einsatz.

### **Grundstein für Neubau Ausbildungszentrum Rohwiesen gelegt**

Am 27. September 2019 wurde der Grundstein für den Neubau in Form einer Zeitkapsel gelegt. Das künftige «Bildungszentrum Blaulicht BZB» (heute Ausbildungszentrum Rohwiesen AZR) bietet genügend Raum und eine moderne Infrastruktur, um die theoretische Ausbildung der verschiedenen Blaulichtorganisationen mit der Praxis zu kombinieren. Dank einer gemeinsamen Bildungsstätte der Angehörigen aller Blaulichtorganisationen wird die Zusammenarbeit im Einsatz noch mehr gestärkt. Der Bezug ist Mitte 2022 geplant.

### **Pager-Alarmierung vollständig verschlüsselt**

SRZ und die Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) haben als erste Organisationen in der Schweiz die Pager-Alarmierung vollständig und flächendeckend Ende-zu-Ende verschlüsselt. Das bisherige Paging-System, das schweizweit im Einsatz steht, verschlüsselte zwar bereits den Transport der Meldungen bis zum Sendemast, jedoch von dort aus nicht vollständig bis zu den Empfängerinnen und Empfängern. Dazu wurden von der GVZ und den beteiligten Rettungsdiensten eine neue Pager-Generation beschafft, die die verschlüsselten Meldungen decodieren kann, sowie die technische Infrastruktur der Anbieterin umgerüstet. Das neue System erfüllt somit sowohl die Anforderungen der Rettungsorganisation nach einer korrekten und sicheren Notfallalarmierung rund um die Uhr als auch das Bedürfnis nach einer hohen Datensicherheit und dem Schutz der Patientendaten.

### **Einsatzleitzentrale gewinnt Hexagon Excellence Award**

Die Einsatzleitzentrale (ELZ) 144/118 von SRZ hat im vergangenen Jahr mit einem umfangreichen Update des Einsatzleitsystems die technische Voraussetzung für eine noch schnellere und effizientere Alarmierung geschaffen. Für die technische Umsetzung der «Nächst-Best-Strategie» erhielt

sie einen Innovationspreis. Bei einem medizinischen Notfall wird durch die ELZ immer das am besten geeignete verfügbare Rettungsmittel aufgeboten. Das System kombiniert neues Kartenmaterial mit modernsten Algorithmen und Machine Learning – das heisst, das System generiert neues Wissen aus Erfahrung. Es bearbeitet pro Sekunde bis zu 1300 Routinganfragen und berechnet so innerhalb Sekundenbruchteilen das am schnellsten verfügbare Rettungsmittel. Dabei werden Faktoren wie beispielsweise prognostizierte Ausrückzeiten der Rettungseinheiten, Baustellen, unwegsames Gelände sowie Erfahrungswerte aus früheren Blaulichtfahrten berücksichtigt. In die Berechnungen werden auch Rettungsfahrzeuge und -helikopter aus dem benachbarten In- und Ausland miteinbezogen.

### **Fokus auf ICT-Architektur und Informationssicherheit**

Um den wachsenden Anforderungen im Zuge der Digitalisierung besser gerecht zu werden, wurden die Themen Technologiemanagement, ICT-Architektur und Datensicherheit per 1. März 2019 in einer eigenen Organisationseinheit als Stabsfunktion innerhalb der Abteilung ICT abgebildet.

### **Notrufumstellung auf All-IP-Technologie**

Anfang November 2019 wurde die von der Swisscom längerfristig nicht mehr angebotene ISDN-Telefonie der Einsatzleitzentrale auf die All-IP-Technologie umgestellt. Die Umstellung verlief für die Anrufenden nicht spürbar und ohne technische Probleme.

### 4.3.3 Allgemeine Kennzahlen

Einsätze Sanität SRZ	2015	2016	2017	2018	2019
Einsätze Stadt Zürich durch Rettungsdienst SRZ (Kat. A-D) <sup>1</sup>	–	–	–	–	26 101
Einsätze ausserhalb der Stadt Zürich durch Rettungsdienst SRZ (Kat. A-D) <sup>1</sup>	–	–	–	–	8 767
Verlegungstransporte (Kat. E) <sup>1</sup>	–	–	–	–	3 240
<b>Total</b>	<b>35 616</b>	<b>37 082</b>	<b>36 782</b>	<b>37 952</b>	<b>38 108</b>
davon Einsätze mit Notärztin/-arzt	3 071	3 217	3 109	2 766 <sup>2</sup>	2 977

<sup>1</sup> Seit 1.1.2017 gilt im Kanton Zürich die neue Verordnung über das Rettungswesen mit neuen Einsatzkategorien. Insbesondere gelten für Verlegungstransporte eigene Bestimmungen. Diese Verlegungstransporte werden deshalb neu ab 2019 separat ausgewiesen. Eine nachträgliche Aufschlüsselung der Zahlen der Vorjahre nach diesem Raster ist nicht möglich. Die Gesamteinsatzzahlen bleiben vergleichbar.

<sup>2</sup> Seit 1. Januar 2018 hat das Spital Bülach einen eigenen Notarzteinsatz aufgebaut, SRZ leistet in diesem Gebiet keine entsprechenden Einsätze mehr.

Einsätze Feuerwehr	2015	2016	2017	2018	2019
Brände	678	600	626	712	661
Brandmeldeanlagen	1 171	1 175	1 210	1 228	1 270
Unfälle (Strassen, Strom, Bahn)	43	70	54	56	57
Elementarereignisse (Unwetter, Wasser)	570	384	593	506	325
Umweltgefährdung (z. B. Öl, Chemikalien)	380	379	382	389	398
First Responder	347	230	342	255	113
Tierrettungen/Insekten <sup>1</sup>	259	552	307	283	458
Weitere Hilfeleistungen/Rettungen	954	905	959	914	1 038
Dienstleistungen <sup>2</sup>	1 389	1 385	1 229	1 256	1 105
<b>Total</b>	<b>5 791</b>	<b>5 680</b>	<b>5 648</b>	<b>5 599</b>	<b>5 425</b>

<sup>1</sup> Ein Grossteil dieser Einsatzkategorie betrifft Bienenschwärme. Lassen sich diese bei heiklen Gebäuden (z. B. Kindergärten) oder auf grossen Kreuzungen nieder, werden sie von der Feuerwehr eingefangen und an ausgewählte Imkerinnen und Imker übergeben. Die Schwarmtätigkeit der Bienen hängt stark vom Wetter in den Frühlingsmonaten ab.

<sup>2</sup> Es handelt sich dabei um im Voraus geplante Einsätze wie beispielsweise die Feuerwache an Veranstaltungen durch Angehörige der Milizfeuerwehr.

<b>Notrufe Einsatzleitzentrale</b>	<b>2015</b>	<b>2016<sup>1</sup></b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>
Notrufe 118 (Feuerwehr)	38 772	25 805	26 974	29 765	25 288
Notrufe 144 (Rettungsdienst)	107 108	96 827	99 215	104 269	107 817
<b>Total</b>	<b>145 880</b>	<b>122 632</b>	<b>126 189</b>	<b>134 034</b>	<b>133 105</b>

<sup>1</sup> Eingehende Anrufe, die von der zugeteilten Calltakerin oder vom zugeteilten Calltaker nicht innerhalb der vorgegebenen Frist entgegengenommen werden können, werden intern an eine andere Mitarbeiterin oder einen anderen Mitarbeiter weitergeleitet. Bis und mit 2015 wurden solche Weiterleitungen als zusätzliche Notrufe gezählt. Seit 2016 ist es technisch möglich, Weiterleitungen herauszufiltern. Die Zahlen ab 2016 sind deshalb nicht vergleichbar mit den Vorjahren.

<b>Dispositionen der Einsatzleitzentralen</b>	<b>Feuerwehren 2018</b>	<b>Feuerwehren 2019</b>	<b>Rettungsdienste 2018</b>	<b>Rettungsdienste 2019</b>
Stadt Zürich (einschliesslich Flughafen)	12 435	12 094	43 960	44 552
Übriges Dispositionsgebiet	13 849	12 408	70 285	71 750
<b>Total</b>	<b>26 284</b>	<b>24 502</b>	<b>114 245</b>	<b>116 302</b>

<b>Kennzahlen Zivilschutz</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>
Zivilschutzangehörige (Ist-Bestand)	2 094	2 023	1 932	1 773	1 788
Diensttage	7 660 <sup>1</sup>	9 171	8 378	7 323	7 984

<sup>1</sup> Aufgrund der Vorgaben des Gemeinderats aus der Budgetdebatte wurde die Dauer der Wiederholungskurse 2015 auf das gesetzliche Minimum von 2 Tagen gekürzt.

<b>Kennzahlen Feuerpolizei</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>
Anzahl Schlussabnahmen von Neu- und Umbauten	1 272	1 326	1 348	1 261	1 323
Anzahl Gebäudekontrollen Feuerpolizei	1 079	1 073	987	965	827

#### 4.3.4 Finanzkennzahlen

<b>Schutz &amp; Rettung</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>
Beträge (in Fr.)					
Aufwand	127 552 228	127 341 318	130 420 542	131 313 527	131 007 404
Ertrag	-81 029 349	-81 974 011	-84 369 793	-82 850 959	-83 327 157
<b>Saldo</b>	<b>46 522 879</b>	<b>45 367 307</b>	<b>46 050 748</b>	<b>48 462 568</b>	<b>47 680 246</b>

## 4.4 Dienstabteilung Verkehr

### 4.4.1 Aufgaben

Die Dienstabteilung Verkehr (DAV) ist für das Verkehrsmanagement in der Stadt Zürich zuständig. Dazu gehören neben der Verkehrssteuerung und -lenkung auch der Erlass von Verkehrsvorschriften, die Parkraumbewirtschaftung sowie die Signalisationen und Markierungen. Bei allen Themen hat die Verkehrssicherheit höchste Priorität – ganz besonders, wenn es um die Sicherheit der ungeschützten Verkehrsteilnehmenden geht. Vor allem beim Veloverkehr sind die Unfallzahlen besorgniserregend. Daher soll der Velosicherheit noch mehr Beachtung geschenkt werden.

Für weitere Angaben: [www.stadt-zuerich.ch/dav](http://www.stadt-zuerich.ch/dav)

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

#### Pilotversuch Tempo 30 nachts

Zwischen Juli und September 2018 galt im Rahmen eines Verkehrsversuchs zwischen 22.00 und 6.00 Uhr auf den Strassenabschnitten Albisstrasse, Hardstrasse, Dübendorf-/Winterthurerstrasse und Am Wasser/Breitensteinstrasse Tempo 30. Um aussagekräftige Erkenntnisse zu erhalten, wurden bereits vor Versuchsbeginn verschiedene Messungen durchgeführt. Diese Messungen wurden anschliessend während der Versuchsphase wiederholt. Zusätzlich wurden die Verlustzeiten des öffentlichen Verkehrs erhoben.

Auf allen Strecken wurde während der Nachtstunden eine um etwa 1 bis 3 dB geringere Lärmbelastung festgestellt, was als wahrnehmbar eingestuft wird. Noch deutlicher nahmen die Maximalpegel der Vorbeifahrten ab. Diese Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass die Massnahme wirksam ist, um den Strassenlärm und besonders die störenden Lärmspitzen zu reduzieren. Auf den Verkehrsablauf hatte der Versuch keine negativen Auswirkungen. Die Fahrzeiten des öffentlichen Verkehrs verlängerten sich zwar um wenige Sekunden, doch hatte dies keinen Einfluss auf den Fahrplan oder allfällige Anschlüsse. Die Geschwindigkeitsreduktion und deren positive Auswirkung wurden auch von den Anwohnenden wahrgenommen. Im Rahmen einer Befragung sprach sich eine Mehrheit von ihnen für dauerhaft «Tempo 30 nachts» aus. Rund zwei Drittel der Befragten gaben an, dass sich der Strassenlärm in der Nacht während der Versuchsphase leicht oder gar stark reduziert habe. Etwas weniger als die Hälfte der Befragten stellte eine Verbesserung der Schlafqualität fest. Allerdings wurden bei der Umfrageauswertung zwischen den vier Strassenabschnitten auch signifikante Unterschiede festgestellt, die auf die Eigenheiten der entsprechenden Strecken zurückzuführen sind.

Aufgrund der positiven Ergebnisse wird Tempo 30 nachts künftig an Orten geprüft, wo eine permanente Einführung von Tempo 30 nicht möglich oder verhältnismässig ist.

#### Verkehrsklima-Kampagne «Grosi an Bord»

Das Klima zwischen den Verkehrsteilnehmenden wird von vielen als schlecht empfunden. Ungeduld und Aggression führen zu Risikosituationen und Unfällen. Darum haben die Stadt Zürich (Dienstabteilung Verkehr, Stadtpolizei, Tiefbauamt und

VBZ) und zwölf Verkehrs- und Interessenverbände in einer starken Allianz die Kampagne «Grosi an Bord» lanciert. Darin fordert «Grosi» alle auf, mit Freundlichkeit, Gelassenheit und Rücksichtnahme einen Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zu leisten. Die Kampagne geht davon aus, dass eigentlich alle wissen, wie man sich auf der Strasse verhalten sollte. Dass es trotzdem nicht alle tun, liegt nicht an fehlendem Wissen, sondern an Verhaltensfaktoren, z. B. am selbstgemachten Zeitdruck. «Grosi» richtet sich an alle Verkehrsteilnehmenden. Die Kunstfigur wird den Zürcherinnen und Zürchern sowie Besucherinnen und Besuchern in unterschiedlichen Situationen und Mobilitätsformen begegnen. «Grosi» tritt dabei nicht belehrend in Erscheinung. Sie sagt einfach: «Verhalte dich im Verkehr so, als wenn ich dabei wäre». Sie wird damit zur Instanz für rücksichtsvolles Verhalten. Die Kampagne dauert fünf Jahre. Im ersten Jahr trat «Grosi» auf Plakaten, im Tram, auf Velos, Dienstfahrzeugen, Aufklebern, Behördeninformationen oder auf Social Media (Facebook, Instagram) auf.

Für weitere Angaben: [www.grosi-an-bord.ch](http://www.grosi-an-bord.ch)



Kampagne «Grosi an Bord». (Bild: Dienstabteilung Verkehr)

#### Tag der Verkehrssicherheit 2019

Am 6. November 2019 trafen sich rund 200 Verkehrsfachleute aus der ganzen Schweiz und dem umliegenden Ausland zum zweiten Zürcher Tag der Verkehrssicherheit mit dem Thema «Urbanes Verkehrsklima». Die präsentierten Daten einer Umfrage zeigten, dass 65 % der Verkehrsteilnehmenden das Verkehrsklima in der Stadt Zürich als eher schlecht oder sehr schlecht wahrnehmen. Mit der «Grosi an Bord»-Kampagne soll dieser Wert in den nächsten fünf Jahren verbessert werden. Auf einem interaktiven Podium wurde das Thema mit Personen aus der Fachwelt und Praxis diskutiert. Das Publikum wurde mit Abstimmungen in die Diskussion involviert. Einen schönen Abschluss bildete die Übergabe des Preises für Verkehrssicherheit an eine ETH-Studentin, die in ihrer Masterarbeit eine Dunkelziffer von bis zu 90 % bei Velounfällen eruierte. Das grosse Interesse am Anlass und die positiven Rückmeldungen zeigten, dass der Tag der Verkehrssicherheit

in der Fachwelt gut ankommt und bereits zu einem wichtigen Termin geworden ist. Die nächste Durchführung ist 2021 geplant.

### **Tempo 30: Monitoring und Verfahren Stadt Zürich**

In der Stadt Zürich werden aus Lärmsanierungsgründen zahlreiche zusätzliche Strecken neu mit Höchstgeschwindigkeit Tempo 30 signalisiert. Darunter fallen auch stark befahrene kommunale sowie überkommunale Strassen. Im Auftrag von Stadträtin Karin Rykart und Regierungspräsidentin Carmen Walker Späh führen deshalb die Stadt und der Kanton Zürich gemeinsam eine umfangreiche Wirkungskontrolle auf neun Tempo-30-Strecken durch. Dabei werden nicht nur die Frequenz- und Geschwindigkeitsentwicklung auf den Strecken selber beurteilt, sondern auch die Verlustzeiten für den motorisierten Individualverkehr und die öffentlichen Verkehrsmittel, die Belastung auf potenziellen Ausweichrouten, die Auswirkungen auf den Verkehrsfluss und die Lärmwirkung. Der Einfluss auf die Verkehrssicherheit wird im Rahmen der Wirkungskontrolle lediglich qualitativ beurteilt. Ziel des Projekts ist es, die Auswirkungen von Tempo 30 auf stark befahrenen Strassen besser zu erfassen. Im Frühling 2019 wurden die Strecken für das Monitoring definiert: Zweierstrasse, Butzenstrasse, Högger-/Wasserwerkstrasse, Rämi-/Universitätsstrasse, Nordstrasse/Nordbrücke, Hofackerstrasse, Steinstrasse und Gsteigstrasse. Im Mai und Juni 2019 wurden die Vorhermessungen durchgeführt. Eine Umsignalisation erfolgte im Juli, eine erneute Messung wurde im September vorgenommen. Aktuell werden die Messresultate im interdisziplinären Projektteam diskutiert. Der Schlussbericht mit den Ergebnissen wird für das erste Quartal 2020 erwartet.

Im Verlauf des Jahres 2019 wurden die letzten zehn Verfügungen mit lärmschutzbedingten Geschwindigkeitsreduktionen rechtskräftig, sodass in diesem Zusammenhang derzeit keine Rechtsmittelverfahren mehr hängig sind.

### **Parking-App**

Bei den meisten Parkuhren auf den Strassen der Stadt Zürich war eine Bezahlung der Parkgebühren lediglich mit Bargeld oder mit einer speziellen Debitkarte möglich. Seit 1. April 2019 stehen den Nutzerinnen und Nutzern der Parkplätze auf öffentlichem Grund die Apps von drei Anbietenden zur bargeldlosen Begleichung der Parkgebühren zur Verfügung. Mittlerweile werden mehr als 10% des Umsatzes mit Parkuhren über diese Apps abgewickelt. Die Tendenz ist steigend. Diese zeitgemässe Zahlungsmöglichkeit wurde termingerecht und ohne Probleme eingeführt.

### **Einhausung Autobahn Schwamendingen**

Mit der Einhausung Schwamendingen soll das Quartier vor den negativen Auswirkungen der Autobahn geschützt werden. Damit das Verkehrssystem auch während der Bauarbeiten funktioniert, entwickelte die Stadt Zürich ein Massnahmenkonzept, um die verkehrlichen Ziele (z. B. Verkehrssicherheit, Priorisierung des öffentlichen Verkehrs, Verkehrsfluss, Verhinderung von unkontrollierten Verkehrsverlagerungen auf Quartierstrassen) zu erreichen. Alle Verkehrsphasen werden nach diesem Massnahmenkonzept sorgfältig eingerichtet. Die Vorbereitungsarbeiten wurden durch die Dienstabteilung Verkehr 2017/18 ausgeführt. Im Januar 2019 wurde die erste Verkehrsphase eingerichtet (Sperrung der Autobahneinfahrt Aubrugg). Bald darauf folgte die Sperrung der Autobahnausfahrt

Ueberlandstrasse und Bülacherkreisel. Insgesamt gibt es zehn Verkehrsphasen. Jede fordert hohe personelle Ressourcen, damit täglich über 100 000 Autos geordnet durch die Baustelle fahren und nicht unkontrolliert in Quartierstrassen ausweichen. Die Verkehrsbewegungen werden in einem umfassenden Verkehrsmonitoring aufbereitet, überprüft und wenn nötig nachgebessert. Das komplexe Bauwerk soll unfallfrei und mit wenig negativen Auswirkungen in den nächsten vier Jahren entstehen.

### **VELO SICURO**

Das Ziel des Projekts VELO SICURO ist es, dort die Velounfälle zu reduzieren oder eine weitere Zunahme der Unfallzahlen zu vermeiden, wo ein Einfluss der Infrastruktur wahrscheinlich ist. Das Projekt beinhaltet die Verbesserung der Sicherheit der Veloinfrastruktur und umfasst zwei Handlungsfelder: Sanierung von Velounfallherden und Veloroutencheck («Velo RSI»). Das Projekt ist auf maximal vier Jahre terminiert. Im Jahr 2018 wurde ein Anstieg der verunfallten Velofahrenden von 15,6% zum Vorjahr verzeichnet. Bei den schwer verletzten Velofahrenden wurde hingegen eine Abnahme um 18% zum Vorjahr festgestellt.

Insgesamt wurden rund 30 Velounfallherde analysiert (Grobanalysen, Priorisierungen und Detailanalysen). Aufgrund der Erkenntnisse wurden Massnahmen geplant und umgesetzt. Diese führten bereits zu einer Verbesserung der Veloinfrastruktur und somit der Velosicherheit. Die Liste der Velounfallherde wird regelmässig aktualisiert.

Es wurden bereits Sofortmassnahmen entwickelt und teilweise umgesetzt: Roteinfärbungen, Lichtsignalanlagen, Fussgängerstreifen versetzen, Verdeutlichung der Infrastruktur, Herabsetzung der Geschwindigkeitsgrenze usw. Zusätzlich werden Verbesserungen auch in laufenden oder bevorstehenden Bauprojekten bewirkt. Alle Unfallherde werden in den nächsten drei Jahren bearbeitet und einer Wirkungskontrolle unterzogen. Im Jahr 2020 wird mit der Analyse von Velorouten gestartet. Zusätzlich wird bei Bauprojekten für die Velosicherheit sensibilisiert.

#### 4.4.3 Allgemeine Kennzahlen

Verkehrssicherheit <sup>1</sup>	2015	2016	2017	2018	2019
Strassenverkehrsunfälle	4 529 <sup>2</sup>	5 556	5 548	5 677	5 528

<sup>1</sup> Neu im Sicherheitsbericht der Stadt Zürich. [https://www.stadt-zuerich.ch/pd/de/index/das\\_departement/publikationen\\_u\\_broschueren/berichte.html](https://www.stadt-zuerich.ch/pd/de/index/das_departement/publikationen_u_broschueren/berichte.html)

<sup>2</sup> Geänderte Praxis seit 1. Juni 2015: Jeder gemeldete Verkehrsunfall wird rapportiert, auch wenn es sich um eine Bagatelle handelt, bei der nur geringer Sachschaden entstanden ist. Daraus folgt ein Anstieg der Strassenverkehrsunfälle in der Statistik, nicht aber auf der Strasse.

Bewilligungen	2015	2016	2017	2018	2019
Anwohnerparkkarten	35 295	35 131	35 058	34 502	33 712
Gewerbeparkkarten	7 917	8 361	8 588	9 060	9 444
Spezialbewilligungen	6 836	6 569	6 384	6 402	6 583
Tagesbewilligungen	212 649	222 899	229 190	232 824	237 397
Tagesbewilligungen Handwerker/innen	69 409	63 776	71 559	74 895	74 020

#### Kommentar

Der Verkauf der Anwohnerparkkarten ist weiter rückläufig. Dafür steigen die Verkäufe bei den Gewerbeparkkarten und

Tagesbewilligungen weiter an. Die Tagesbewilligungen für Handwerker/innen und die Spezialbewilligungen liegen auf dem Vorjahresniveau.

Mischverkehrsflächen	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl Flächen	–	–	–	77	70

#### Kommentar

Die Liste wird seit 2018 geführt. Es werden nur Abschnitte aufgeführt, die Defizite aufweisen (z. B. ungenügende Breite)

und/oder gemäss dem Rechtsgutachten «Velos auf dem Trottoir» nicht zulässig sind.

#### 4.4.4 Spezifische Kennzahlen

##### Finanzkennzahlen

Dienstabteilung Verkehr Beträge (in Fr.)	2015	2016	2017	2018	2019
Aufwand	33 256 000	31 659 000	32 599 000	32 071 000	27 479 000
Ertrag	-13 979 000	-13 709 000	-15 762 000	-18 744 000	-16 485 000
<b>Saldo</b>	<b>19 277 000</b>	<b>17 950 000</b>	<b>16 837 000</b>	<b>13 327 000</b>	<b>10 994 000</b>

Blaue Zonen	2015	2016	2017	2018	2019
Aufwand	16 263 000	16 538 000	16 913 000	23 481 000	16 778 000
Ertrag	-16 263 000	-16 538 000	-16 913 000	-23 481 000	-16 778 000
<b>Saldo</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Parkgebühren	2015	2016	2017	2018	2019
Aufwand	15 167 000	15 467 000	16 021 000	17 762 000	15 923 000
Ertrag	-15 167 000	-15 467 000	-16 021 000	-17 762 000	-15 923 000
<b>Saldo</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Parkgebühren	2015	2016	2017	2018	2019
Hochtarif	14 645 600	15 013 500	17 023 500	18 036 200	17 660 300
Niedertarif	6 444 200	6 373 900	6 495 300	6 645 100	6 447 900
<b>davon bargeldlos</b>	<b>65 500</b>	<b>64 100</b>	<b>73 700</b>	<b>100 400</b>	<b>260 400</b>

##### Kommentar

Die Einführung von Parking-Apps für das bargeldlose Bezahlen von Parkgebühren im Frühjahr 2019 verlief erfolgreich. Die

Apps fanden bei den Parkierenden von Anfang an grossen Anklang. Bereits nach kurzer Zeit wurden 10 % der Parkierungsvorgänge mittels App getätigt.

## 4.5 Stadtrichteramt

### 4.5.1 Aufgaben

Das Stadtrichteramt ist zum einen eine Übertretungsstrafbehörde, die ihre Bussen selbst und eigenverantwortlich vollzieht. Zum anderen werden im Stadtrichteramt Verlustscheine für die Stadtverwaltung Zürich bewirtschaftet.

#### Das Stadtrichteramt als Strafverfolgungs- und Vollzugsbehörde

Das Stadtrichteramt zählt zu den Strafverfolgungsbehörden, ist in der Rechtsanwendung unabhängig und allein dem Recht verpflichtet. Die Stadtrichterinnen und Stadtrichter sowie die Fachbearbeiterinnen und Fachbearbeiter beur-

teilen die zur Anzeige gebrachten Übertretungstatbestände und erlassen Strafbefehle, Nichtanhandnahme- oder Einstellungsverfügungen.

Die Strafkompentenz des Stadtrichteramts ist auf Bussen bis 500 Franken beschränkt. Wird eine Busse schuldhaft nicht bezahlt und wurde eine Ersatzfreiheitsstrafe angedroht, so wird deren Vollzug bei erfolglosem oder aussichtslosem Betreibungsverfahren angeordnet. Bei Überschreitung der Bussenkompetenz ist der Fall an das Statthalteramt zu überweisen.

### **Das Stadtrichteramt als Kompetenzzentrum für die Bewirtschaftung der Verlustscheine der Stadtverwaltung**

Das Stadtrichteramt bearbeitet sowohl Verlustscheine aus nicht bezahlten Bussen und Gebühren des Stadtrichteramts als auch Verlustscheine von Forderungen aus der übrigen Stadtverwaltung ausser den Gemeindebetrieben und dem Steueramt. Aufgabe des Bereichs «Verlustscheininkasso der Stadt Zürich» ist es, die möglichst effektive Bewirtschaftung dieser Verlustscheine sicherzustellen: Es gilt, die Schuldnerinnen und Schuldner zur Bezahlung der Verlustscheinbeträge anzuhalten, damit die ausstehenden Forderungen endgültig getilgt sind. Dazu können auch Ratenzahlungen vereinbart werden. Andernfalls können offene Forderungsbeträge erneut auf dem Weg der Betreibung geltend gemacht werden. Dadurch leistet das Stadtrichteramt wirkungsvolle Beiträge zur Kostenrechnung der Stadt Zürich.

Für weitere Angaben: [www.stadt-zuerich.ch/stadtrichteramt](http://www.stadt-zuerich.ch/stadtrichteramt)

#### **4.5.2 Jahresschwerpunkte**

Unterschiedliche Auffassungen über die Führung zwischen der Vorsteherin des Sicherheitsdepartements, der Leitenden Stadtrichterin und ihrer Stellvertreterin führten im gegenseitigen Einvernehmen zur Auflösung der Arbeitsverhältnisse. Die Stelle der Leitung des Stadtrichteramts wurde im Herbst 2019 öffentlich ausgeschrieben.

Zu den Jahresschwerpunkten des Stadtrichteramts gehören die Vorbereitung des Umzugs nach Zürich-Seebach, die weitere Umsetzung des Records Management und der IT-Strategie.

Auch im Berichtsjahr hat sich das überdepartementale Betriebsteam Verwaltungszentrum Eggbühl (VZE) mit verschiedenen Themen auseinandergesetzt, die das Zusammenleben

aller Dienstabteilungen neu regelt. Zu den Schwerpunkten gehörten der Aufbau der Notfallorganisation sowie die Erstellung eines Notfallkonzepts. Zentrale Hauptpunkte waren die Bedarfsklärung sowie die Anlagenplanung der Archive mit Berücksichtigung einer neuen Ablagesystematik, die das Records Management einschliesst. Für den reibungslosen Umzug wurde die Planung der Bürozuweisungen erstellt. Die Umzugsplanung bildet die Grundlage für die Büroeinrichtung und die Signaletik.

Mit Blick auf die am 10. Juli 2015 in Kraft getretene Management Policy startete 2018 im Stadtrichteramt das mehrjährige interne Projekt «Records Management StRA». 2019 konnten wichtige Meilensteine erreicht werden. So wurde mit dem Stadtarchiv eine neue Vereinbarung zur Aktenübernahme geschlossen. Des Weiteren wurde das Weisungs- und Vertragswesen überarbeitet, neu klassifiziert und strukturiert. Schliesslich wurde ein Leitfaden erarbeitet, der u. a. die Organisationsvorschriften sowie Regelungen zur Aufbewahrung von Akten enthält. Zudem wurden alle Personaldossiers digitalisiert.

2018 konnte das Projekt «Strategische Informatikplanung Stadtrichteramt Zürich 2022» abgeschlossen werden. Basierend auf diesen Erkenntnissen wurde Mitte 2019 das Projekt NAPSTRA (Neue Applikation Stadtrichteramt) ins Leben gerufen. In der bis zum Frühjahr 2020 dauernden Initialisierungsphase werden die Grundlagen erarbeitet, um das Projekt erfolgreich umsetzen zu können. Im Besonderen geht es darum, mögliche Umsetzungsvarianten für die Ablösung der bestehenden Fachapplikationen auszuarbeiten und zu bewerten. Mit dem Abschluss der Initialisierungsphase wird der Entscheid zur Variantenwahl getroffen und ein entsprechender Projektauftrag ausgearbeitet, einschliesslich einem entsprechenden Projektmanagementplan. Die Zusammenarbeit mit der OIZ wurde dahingehend intensiviert, und die Personalressourcen der IT des StRA wurden gestärkt.

### 4.5.3 Spezifische Kennzahlen

#### Finanzkennzahlen

Stadtrichteramt Beträge (in Fr.)	2015	2016	2017	2018	2019
Aufwand	18 420 600	19 985 200	21 507 560	20 841 538	16 931 428
Ertrag	-28 314 500	-29 506 700	-29 628 297	-26 491 343	-20 777 407
<b>Saldo</b>	<b>-9 893 900</b>	<b>-9 521 500</b>	<b>-8 120 737</b>	<b>-5 649 805</b>	<b>-3 845 979</b>

#### Kommentar

Gegenüber dem Vorjahr ist im Aufwand eine Minderung um rund 2,3 Millionen Franken und beim Ertrag eine Abnahme um

rund 5,7 Millionen Franken zu verzeichnen. Diese Veränderungen sind hauptsächlich auf die Positionen «Gebühren von Amtshandlungen» und «Ertrag aus Bussen» zurückzuführen.

Im Rechnungsjahr 2019 konnte im Verlustscheininkasso ein Ertrag von insgesamt 2,39 Millionen Franken erwirtschaftet

werden. Demgegenüber mussten 419 000 Franken abgeschrieben werden infolge Verjährung oder nachfolgender Gründe:

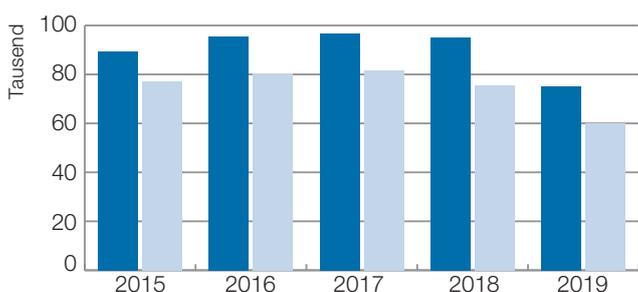
Abschreibungen für Verlustscheininkasso infolge Verjährungen: Beträge (in Fr.)	2019
davon keine gültige Adresse vorhanden	307 000
davon Adresse im Ausland	20 000
davon Schuldnerin/Schuldner mit Sozialhilfe	46 000
davon Todesfall	45 000
davon sonstige Gründe	1 000

### 4.5.4 Allgemeine Kennzahlen

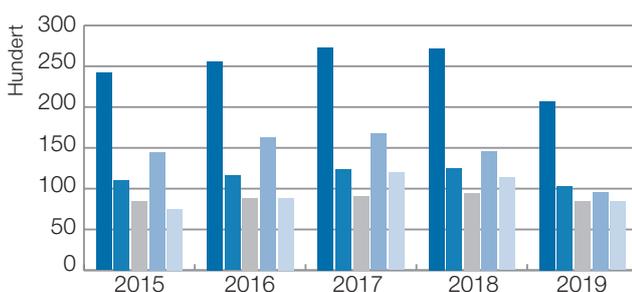
Im Jahr 2019 gingen 75 143 Geschäfte beim Stadtrichteramt ein, rund 20 000 weniger als im Vorjahr. Der Rückgang ist hauptsächlich auf die Einführung des Mahnverfahrens durch die Stadtpolizei Zürich im Rahmen des Ordnungsbussenverfahrens zurückzuführen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Anzahl der erlassenen Strafbefehle um rund 20% abgenommen. Pensionierungen, der Einbezug von Personal in verschiedene Projekte sowie das Fehlen von Schlüsselpersonal in der Führungsebene haben zu Personalengpässen und Effizienzverlusten geführt.

#### Übertretungsstrafverfahren 2015–2019



#### Vollzug 2015–2019



■ Eingegangene Geschäfte

■ Verfügte Strafbefehle

■ Mahnungen

■ Betreibungen

■ Fortsetzungsbegehren

■ Fälligkeitsanzeigen

■ Vollzugsabtretungen

	2015	2016	2017	2018	2019
Eingang Geschäfte	89 484	95 652	96 808	94 978	75 143
<b>Erledigungen</b>					
Strafbefehle <sup>1</sup>	77 165	80 283	81 761	75 626	60 184
Nichtanhandnahmen / Einstellungen <sup>1</sup>	611	766	1 938	2 026	1 720
Überweisungen an andere Amtsstellen <sup>2</sup>	6 317	6 643	7 709	6 050	7 260
Nicht verfügte Geschäfte	5 836	7 695	8 183	13 816	9 609

### Untersuchungsverfahren

	2015	2016	2017	2018	2019
Eingegangene Einsprachen	6 585	6 412	5 963	4 938	3 456
<b>Erledigungen</b>					
Rückzüge	650	1 166	1 513	832	458
Einstellungen (auf Einsprache hin)	3 140	466	748	532	279
Neue Strafbefehle <sup>3</sup>	–	–	369	346	218
Überweisungen an andere Amtsstellen <sup>4</sup>	–	2 677	2 818	3 006	2 587
Überweisungen an das Bezirksgericht	292	369	240	88	53

### Vollzug

	2015	2016	2017	2018	2019
Mahnungen	24 195	25 648	27 327	27 165	20 724
Betreibungen	11 076	11 605	12 427	12 563	10 295
Rechtsöffnungsbegehren	263	232	241	297	181
Fortsetzungsbegehren	8 536	8 808	9 078	9 459	8 434
Fälligkeitsanzeigen	14 467	16 293	16 742	14 608	9 543
Vollzugsabtretungen <sup>5</sup>	7 529	8 826	11 968	11 366	8 419

<sup>1</sup> Die Geschäfte mit Untersuchungsverfahren vor dem Erstentscheid wurden seit 2017 nicht mehr separat aufgeführt. Die entsprechenden Entscheide sind in diesen Zahlen integriert, die damit höher ausfallen.

<sup>2</sup> Die Überweisungen an Statthalterämter sind seit 2017 in jenen an andere Amtsstellen enthalten und werden nicht mehr getrennt aufgelistet. Dasselbe gilt für die bis 2016 unter «sonstige Erledigungen» aufgeführten Rückweisungen und Abtretungen.

<sup>3</sup> Die seit 2017 noch unter «sonstige Erledigungen» enthaltenen neuen Strafbefehle werden seitdem separat aufgelistet.

<sup>4</sup> Enthält die bis 2015 unter «Einstellungen» und seit 2017 unter «Rückweisungen an Lieferanten» wie auch die in den Vorjahren unter «sonstige Erledigungen» aufgeführten Überweisungen an andere Amtsstellen.

<sup>5</sup> Seit 2017 wird nicht mehr unterschieden, ob eine Abtretung an den Justizvollzug im Bereich Inkasso oder im Bereich Verlustscheininkasso ausgelöst wurde.

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Motionen und Postulate<sup>1</sup>

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2019)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 1985/5	04.12.1985 20.08.1986	Silvia Ramer (SP) Zähringer- und Predigerplatz, Umwandlung in eine Fussgängerzone

Der Stadtrat wird eingeladen, alle Möglichkeiten, die zur Verminderung der heutigen Verkehrsgefährdung zu Fuss gehender Bewohner und Besucher der Altstadt beitragen und zudem ganz allgemein die Situation der Fussgänger in den betreffenden Altstadtbereichen verbessern, zu prüfen, insbesondere

- a) die Umwandlung des Zähringer- und Predigerplatzes in eine autofreie und fussgängerfreundliche Zone im Zusammenhang mit dem Neubau der Zentralbibliothek;
- b) die Schaffung einer den Seilergraben zwischen Predigerplatz und Hirschengraben überquerenden, gut gestalteten Fussgängerbrücke.

Der Stadtrat hat die Ergebnisse seiner Prüfung in den vergangenen Jahren wiederholt dargelegt. Anträge, das Postulat abzuschreiben, lehnte der Gemeinderat jeweils ab.

Am 24. Oktober 2018 hat der Gemeinderat dem Stadtrat die Motion GR Nr. 2017/422, Attraktivere Zürcher Innenstadt für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie für Velofahrende durch Aufhebung von Parkplätzen und Anpassung des kommunalen Verkehrsrichtplans, überwiesen. Diese verlangt unter anderem einen autofreien Zähringerplatz.

Der Stadtrat wird dem Gemeinderat die Ergebnisse seiner erneuten Prüfung im Rahmen der Weisung zur Motion GR Nr. 2017/422 unterbreiten.

Postulat 2007/452	29.08.2007 03.10.2007	Beatrice Reimann (SP) und Daniel Leupi (Grüne) Langstrasse, Ausdehnung des Nachtfahrverbots
----------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob das Nachtfahrverbot in den an die Langstrasse angrenzenden Wohnquartiere im Kreis 4 (namentlich die Gevierte der die Sihlhallen-, Roland-, Diener-, Brauer-, Hellmut- und Hohlstrasse sowie die Tell-, Zwingli- und Dienerstrasse) auch mit der Einführung des neuen Verkehrsregimes an der Langstrasse (siehe Weisung 99, GR Nr. 2007/207) weiterhin ab 22.00 Uhr beibehalten und auf bis 05.30 Uhr ausgedehnt werden kann.

Das Bauprojekt «verkehrsarme Langstrasse» wurde vom 14. September bis 15. Oktober 2018 öffentlich aufgelegt. Am 19. September 2018 wurden die zugehörigen Verkehrsvorschriften publiziert (Verfügung der Vorsteherin des Sicherheitsdepartements vom 13. September 2018). Gegen das Strassenbauprojekt und gegen die Verkehrsanordnungen sind Einsprachen eingegangen. Unter anderem wurde auf dem Strassenzug Ankerstrasse/Kanonengasse Lärmsanierungsmassnahmen an der Quelle (Temporeduktionen) gefordert.

Postulat 2014/60	05.03.2014 04.06.2014	Simone Brander (SP) und Guido Trevisan (GLP) Durchgehende Veloverbindung aus dem Lettenquartier durch die Rousseaustrasse bis zur Nordbrücke
---------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Velolücke aus dem Lettenquartier durch die Rousseaustrasse bis zur Nordbrücke geschlossen werden kann.

Für die Umsetzung der Veloverbindung sind bauliche Massnahmen notwendig (Verschiebung des Randsteins). Die Umsetzung des vom Tiefbauamt ausgelösten Bauprojekts (Nr. 16049) ist für 2023 geplant. In der Rousseaustrasse wurde Tempo 30 im Jahr 2018 rechtskräftig und im Jahr 2019 umgesetzt. Somit sind die rechtlichen Voraussetzungen für die Führung des Velos im Gegenverkehr gegeben.

Postulat 2014/203	18.06.2014 02.07.2014	Pawel Silberring (SP) und Heinz F. Steger (FDP) Erweiterung der Gültigkeit der Jahres-Gewerbeparkkarte
----------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Gültigkeit der Jahres-Gewerbeparkkarte erweitert werden kann, so dass die Fahrzeuge von Montag bis Freitag auch auf weissen Parkplätzen mit Parkuhr abgestellt werden dürfen, wenn die Parkplätze eine maximale Parkdauer von 2 Stunden oder mehr aufweisen. Die Bedingungen sollen dabei ergänzt werden, so dass die Karte nur für dienstliche Einsätze verwendet werden darf.

Die Prüfung erfolgt im Rahmen der Motion GR Nr. 2017/460.

Postulat 2015/233	01.07.2015 30.09.2015	Sven Sobernheim und Samuel Dubno (beide GLP) Errichtung einer Begegnungszone auf der Löwenstrasse zwischen dem Löwenplatz und der Sihlporte
----------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Löwenstrasse auf dem Abschnitt zwischen Löwenplatz und Sihlporte zu einer Begegnungszone umgestaltet werden kann.

Die Prüfung ist erfolgt und das Tiefbauamt hat ein Bauprojekt ausgelöst. Der Baustart ist auf Anfang 2024 vorgesehen.

<sup>1</sup> Abschreibungsanträge zu Postulaten wurden mit separater Vorlage dem Gemeinderat unterbreitet.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
------------------	----------------------------	--

Motion 2015/405	16.12.2015 02.03.2016	Roger Tognella (FDP) und Marco Denoth (SP) Umsetzung der «Standortstrategie Schutz & Rettung», Vorlage einer Weisung an den Gemeinderat, Antrag auf zweite Fristerstreckung
--------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat im Rahmen der kommunalen Richtplanung die «Standortstrategie Schutz & Rettung» zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der verlangte Bericht zur Standortstrategie (GR Nr. 2019/114) liegt vor und wurde in der Spezialkommission Sicherheitsdepartement /Verkehr (SK SID/V) des Gemeinderats beraten.

Postulat 2016/470	21.12.2016 05.04.2017	Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) Einrichtung einer Tempo-30-Zone an der Furttalstrasse innerhalb des Siedlungsgebietes
----------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie für die Furttalstrasse innerhalb des Siedlungsgebietes eine Tempo 30 Zone eingerichtet werden kann.

Der Stadtrat hat der Verwaltung den Auftrag gegeben, im Rahmen der «2. Welle Strassenlärmsanierung» weitere Strecken zu eruieren, wo Tempo 30 als Lärmschutzmassnahme umgesetzt werden soll. Dabei sind stadtweit die gleichen Kriterien anzuwenden. Neben der Auswirkung auf den Lärm sollen beispielsweise die Auswirkungen von Tempo 30 auf die Verkehrssicherheit, den öffentlichen und den Individualverkehr berücksichtigt werden. Zudem soll ein plausibles, nachvollziehbares Verkehrsregime für die ganze Stadt gefunden werden, so dass der heutige «Flickenteppich» aus Tempo-30- und Tempo-50-Abschnitten korrigiert werden kann. Im Rahmen dieses Konzepts wird auch die Furttalstrasse erneut überprüft.

Postulat 2018/1	10.05.2017 10.01.2018	Stephan Iten und Stefan Urech (beide SVP) Gewerbefahrzeuge, Befreiung von den Parkgebühren auf öffentlichen Parkplätzen
--------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, wie Fahrzeuge für den gewerblichen Einsatz werktags zwischen 06.00 Uhr und 20.00 Uhr von den Parkgebühren auf den öffentlichen Parkplätzen (blaue und weisse Zone) befreit werden können.

Das Anliegen wird im Rahmen der Motion GR Nr. 2017/460 geprüft.

Postulat 2017/168	07.06.2017 07.02.2018	AL-Fraktion Berichterstattung über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und über den Gleichstellungsplan der Stadtpolizei
----------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und des Gleichstellungsplans der Stadtpolizei Bericht zu erstatten. Im Bericht soll aufgezeigt werden, mit welchen Massnahmen der Frauenanteil im Bestand der Mitarbeitenden und in Kaderpositionen erhöht, der Anteil der Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund den Verhältnissen in der Bevölkerung angenähert und die Zahl der Beschäftigten mit einem starken Bezug zur Stadt erhöht werden können.

Ferner soll der Bericht aufzeigen, wie der Anteil anderer Minderheiten (z. B. trans\* Menschen, homo- und bisexuelle Personen, Mitglieder einer minoritären Glaubensgemeinschaft, etc.) innerhalb des Sicherheitsdepartements gesteigert werden kann. Im Bericht sind die quantitativen Ziele für diese Schwerpunktthemen zu definieren.

Der Bericht wird gegenwärtig fertiggestellt. Die Abschreibung erfolgt über eine separate Weisung.

Postulat 2017/212	28.06.2017 20.09.2017	Pawel Silbering (SP) und Elena Marti (Grüne) Gestaltung der Hohlstrasse für ein sicheres Queren im Bereich der Überbauung Letzibach D
----------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Hohlstrasse im Bereich der neuen Überbauung Letzibach D so gestaltet werden kann, dass ein sicheres Queren für alle Bewohnende (insbesondere auch für die grosse Anzahl von älteren Personen und die vielen Kinder) gewährleistet werden kann (Mittelinsel, Lichtsignal, Tempo).

Die Prüfung erfolgte anlässlich einer vom Tiefbauamt durchgeführten verkehrstechnischen Untersuchung des Knotens Hohl-/Flurstrasse. Um die Bedürfnisse des Fussverkehrs und im Besonderen die Verkehrssicherheit für Kinder und ältere Personen ausreichend abdecken zu können, soll mit der Realisierung der beiden Überbauungsprojekte «Letziturm» und «Letzibach D» ein Fussgängerübergang mit Schutzinsel (Höhe Liegenschaft Nr. 444) erstellt werden. Der Bau des Übergangs mit Schutzinsel ist im entsprechenden Bauprojekt vorgesehen. Die Realisierung ist auf Anfang 2024 geplant. Diese Massnahme ist aus heutiger Sicht als zweckmässiger zu betrachten anstatt eine Lichtsignalanlage, die zu längeren Wartezeiten führen würde.

Das Bauprojekt Hohlstrasse im Abschnitt Luggwegstrasse 481 bis Saumackerstrasse wurde auf Grund von Einsprachen blockiert. Der in der Postulatsbegründung erwähnte Übergang auf Höhe Hohlstrasse Nr. 535 soll nur in Verbindung mit einer Busspur unter Licht genommen werden.

Die Verschiebung der Bushaltestelle «Letzibach» Fahrtrichtung stadteinwärts wurde 2019 vorgezogen gebaut; die Haltestelle wurde von ihrer Position auf Höhe Liegenschaft Nr. 535 nach Nr. 481 verschoben. Gleichzeitig wurde auf Höhe Nr. 481 der Fussgängerübergang mit einer Schutzinsel versehen, wodurch eine Kap-Haltestelle Fahrtrichtung stadtauswärts entstanden ist (ÖV-Priorisierung).

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2017/225	05.07.2017 07.02.2018	Pawel Silberring und Renate Fischer (beide SP) Umgestaltung des Parkplatzes Mythenquai bei der Unterführung Honrainweg zur Nutzung für Quartierbedürfnisse

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Bewirtschaftung und die Verkehrsführung des Parkplatzes Mythenquai bei der Unterführung Honrainweg so umgestaltet werden kann, dass zumindest ein Teil der Parkplätze nicht mehr als Langzeitparkplatz genutzt wird, sondern für Quartierbedürfnisse zur Verfügung steht. Dabei ist auch darauf zu achten, dass die Ein- und Ausfahrt so gestaltet wird, dass ein Zubringerdienst von Kindern gefahrlos möglich wird.*

Das Postulat steht im Zusammenhang mit Nutzungskonflikten und gefährlichen Situationen auf dem Trottoir vor der Swiss International School an der Seestrasse 271.

Die im Vorjahr beantragte Abschreibung des Postulats aufgrund der Anordnung eines Halteverbots vor der Swiss International School und des durch die Schule geschaffenen alternativen «Eltern-Taxi»-Standorts hat der Gemeinderat abgelehnt. Dies mit dem Hinweis, dass der Standort für die «Eltern Taxis» im August oder Ende 2019 wegfallen werde und deshalb das Anliegen des Postulats wieder aktuell werde.

Aufgrund dieser neuen Ausgangslage prüft die Dienstabteilung Verkehr die Situation erneut.

Postulat 2017/228	05.07.2017 23.05.2018	Sven Sobernheim und Shaibal Roy (beide GLP) Pilotprojekt zur Einführung der «Idaho-Regelung» auf Velorouten
----------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er ein Pilotprojekt zur Einführung der sog. Idaho-Regelung auf Velorouten durchführen kann. Die Idaho-Regelung ermöglicht es, dass Velofahrende an einem Stoppschild analog zum Signal «Kein Vortritt» nicht mehr zwingend anhalten müssen und rote Ampeln wie Stoppschilder behandeln dürfen.*

Das Sicherheitsdepartement hat 2019 in der Vernehmlassung zur Änderung der Verkehrsregeln und Signalisationsvorschriften die vorgesehene Möglichkeit des Rechtsabbiegens für den Veloverkehr trotz Rotlicht unter kontrollierten Bedingungen nach dem «Basler Modell» ausdrücklich begrüsst. Der diesbezügliche Entscheid des Bundes ist noch ausstehend.

Postulat 2017/248	12.07.2017 30.08.2017	Severin Pflüger und Christian Huser (beide FDP) Fussgängerstreifen über die Birchstrasse im Bereich des Armin-Bollinger-Wegs sowie der Margrit-Rainer-Strasse
----------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob über die Birchstrasse im Bereich des Armin-Bollinger-Wegs sowie der Margrit-Rainer-Strasse Fussgängerstreifen eingezeichnet werden können.*

In diesem Bereich von Neu-Oerlikon ist die Einführung einer Tempo-30-Zone geplant, die auch die Birchstrasse umfasst. Die Umsetzung der Tempo-30-Zone wird zusammen mit baulichen Massnahmen erfolgen. In Tempo-30-Zonen werden grundsätzlich keine Fussgängerstreifen markiert. Es soll möglich sein, die Strasse flächig zu queren.

Die Schulinspektion der Stadtpolizei beurteilt die Schulwege über die Birchstrasse schon im Ist-Zustand als «geeignet» (bestmögliche Bewertung). Durch die Einführung von Tempo 30 verbessert sich die Situation zusätzlich. Im Rahmen der Umsetzung von Tempo 30 wird zudem geprüft, ob punktuelle bauliche Verbesserungen der Schulwegquerungen nötig sind.

Postulat 2017/384	08.11.2017 05.09.2018	Derek Richter und Stephan Iten (beide SVP) Schaffung eines Linksabbiegers von der Schaffhauserstrasse in die Binzmühlestrasse
----------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, eine Möglichkeit für Linksabbieger, im Rahmen der Planung für die Etappe 3B der Anbindung Ost, von der Schaffhauserstrasse in die Binzmühlestrasse, also in östliche Richtung, zu schaffen.*

Zur Beantwortung der Motion GR Nr. 2016/387 (Quartieranbindung Ost beim Bahnhof Oerlikon, Projektierung und Umsetzung der Etappe 3b) sowie zur Prüfung des Postulatsanliegens wurde 2019 die Potenzialanalyse «Bahnhof Oerlikon, Schaffhauserstrasse Quartieranbindung Ost Etappe 3b» erarbeitet. Im Rahmen dieser Potenzialanalyse wurde aufgezeigt, dass es möglich ist, einen Linksabbieger aus der Schaffhauserstrasse in die Binzmühlestrasse anzubieten, wenn dieser als separate Linksabbiegespur ausgebildet wird. Dazu sind entsprechende Anpassungen an der Gestaltung des Strassenraums notwendig.

<b>Gruppe GR Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
Motion 2017/460	20.12.2017 22.08.2018	SP-, SVP-, FDP- und CVP-Fraktionen Ausweitung der Gültigkeit der Gewerbeparkkarte für dienstliche Einsätze an Werktagen auf die weissen Parkplätze, Änderung der Parkkartenverordnung
<i>Der Stadtrat wird aufgefordert eine Vorlage zur Änderung der Parkkartenverordnung vorzulegen mit dem Ziel, eine Gewerbeparkkarte zur Verfügung zu stellen, welche an Werktagen für dienstliche Einsätze neu auch das Parkieren auf weissen Parkflächen abdeckt und welche von Gewerbetreibenden mit Sitz in der Stadt Zürich zu einem gegenüber auswärtigen Mitbewerbern tieferen Preis erworben werden kann.</i>		
Motion 2018/4	10.01.2018 21.11.2018	Guy Krayenbühl und Sven Sobernheim (beide GLP) Parkierung der Fahrzeuge von Carsharing-Unternehmen auf öffentlichen Parkplätzen, Änderung der Vorschriften über die Parkierung- und Parkuhrkontrollgebühren
<i>Der Stadtrat wird beauftragt dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, welche die Vorschriften über die Parkierungs- und Parkuhrkontrollgebühren sowie die Parkkartenverordnung dahingehend anpasst, dass Fahrzeuge von Carsharing-Unternehmen und Auto-Abo-Geschäftsmodellen unkompliziert gegen eine jährliche Gebühr auf sämtlichen öffentlichen Parkplätzen der Blauen Zone parkiert werden können. Dabei ist auf einen angemessenen hohen Gebührenrahmen zu achten und der durch Carsharing reduzierte Flächenverbrauch soll entsprechend kompensiert werden.</i>		
Postulat 2018/17	17.01.2018 21.11.2018	SP-Fraktion Verzicht auf neue Mischverkehrsflächen für den Velo- und Fussverkehr sowie Abbau von bestehenden Mischverkehrsflächen auf Trottoirs
<i>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auf neue Mischverkehrsflächen, auf welchen der Velo- und der Fussverkehr gemeinsam auf Trottoirs geführt wird, verzichtet werden kann. Ebenso wird der Stadtrat aufgefordert zu prüfen, wie bestehende Mischverkehrsflächen auf Trottoirs abgebaut werden können. Zudem wird der Stadtrat auch eingeladen, im jährlichen Geschäftsbericht jeweils eine Liste mit den abgebauten sowie allfälligen neuen Mischverkehrsflächen auf Trottoirs zu publizieren.</i>		
Die Forderungen aus dem Postulat werden fortlaufend umgesetzt. Das Tiefbauamt und die Dienstabteilung Verkehr haben Standards definiert. Zudem wurde eine Liste mit allen aktuell bestehenden Mischverkehrsflächen erstellt, die entweder Defizite betreffend Sicherheit aufweisen (z. B. ungenügende Breite, keine taktile Trennung usw.) und/ oder rechtlich unzulässig sind (verbindliche Veloführungen auf dem Trottoir). Eine Arbeitsgruppe ist daran, diese Mischverkehrsflächen zu sanieren. Dies geschieht entweder mit Sofortmassnahmen oder, wo dies nicht möglich ist, werden Bauprojekte ausgelöst. Die Konfliktpunkte und mögliche Lösungen werden regelmässig mit den Fuss- und Veloverbänden diskutiert.		
Im Geschäftsbericht des Sicherheitsdepartements wird jährlich der aktuelle Stand an defizitären Mischverkehrsflächen aufgeführt.		
Postulat 2018/18	17.01.2018 07.02.2018	Dorothea Frei (SP) und Patrick Albrecht (FDP) Jährlicher Kurzbericht zur Sicherheitssituation der Mitarbeitenden des Stadtammann- und Betriebsamts 11 nach dem Umzug ins Verwaltungsgebäude Eggbühl
<i>Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat jährlich einen Kurzbericht zur Sicherheitssituation der Mitarbeitenden des Stadtammann- und Betriebsamtes 11 nach Umzug ins Verwaltungsgebäude Eggbühl vorzulegen. Insbesondere sollen die Ausrückzeit, die Anzahl der Einsätze und kritische Situationen ohne (rechtzeitigen) Polizeieinsatz dokumentiert werden.</i>		
Der Umzug des Stadtammann- und Betriebsamts 11 von der Schwamendingenstrasse an die Eggbühlstrasse ist erst für Mitte 2020 vorgesehen. Damit erübrigt sich vorläufig die Erstellung eines Berichts über die Sicherheitssituation im Rahmen des vorliegenden Postulats.		
Postulat 2018/111	14.03.2018 06.03.2019	Eduard Guggenheim und Mischa Schiwow (beide AL) Angebot von Kursen für Velofahrerinnen und Velofahrer ohne Kostenfolge für die Stadt
<i>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie zur Vermeidung von Velounfällen ein Paket mit umfassenden Massnahmen erarbeitet werden kann.</i>		
Postulat 2018/119	21.03.2018 06.03.2019	Markus Knauss (Grüne) und Simone Brander (SP) Rahmenkredit für Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen des Strassenlärms
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Rahmenkredit vorzulegen, mit dem die Verpflichtung der Stadt Zürich, seine Bevölkerung vor den Auswirkungen des Strassenlärms zu schützen, innert 5 Jahren erfüllt werden kann. Mit diesem Rahmenkredit sind als Zielgrösse 80% der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner mit einer Massnahme an der Quelle vor schädlichem und lästigem Strassenlärm zu schützen. Als kostengünstigste Massnahme sind dabei vor allem Geschwindigkeitsreduktionen vorzusehen.</i>		

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
------------------	----------------------------	--

Postulat 2018/327	06.12.2017 05.09.2018	Pascal Lamprecht (SP) und Markus Baumann (GLP) Neue Nutzung für den bisherigen Schiessstand Hasenrain
----------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, welche eine neue Nutzung des bisherigen Schiessstands Hasenrain in Albisrieden vorsieht. Dabei ist insbesondere sicherzustellen, dass die Nutzung von Privaten betrieben werden kann. Die zukünftigen Aktivitäten sollen sportlicher Natur, ökologisch vertretbar und nicht lärmintensiv sein.*

Mit der Überweisung der Motion GR Nr. 2019/464 wird es zu einer Änderung der Nutzungsplanung auf dem Gebiet Hasenrain kommen. Dadurch soll die bestehende Erholungszone E1 analog zum östlich anschliessenden Gebiet in eine Freihaltezone «Parkanlagen» umgewandelt werden. In diesem Zusammenhang wird die neue Nutzung für den bisherigen Schiessstand Hasenrain geprüft.

Postulat 2019/363	11.07.2018 04.09.2019	Guido Hüni und Shaibal Roy (beide GLP) Aufhebung des Schwimmverbots in der Limmat auf der Strecke oder einer Teilstrecke des Limmatschwimmens, Änderung der Allgemeinen Polizeiverordnung unter Berücksichtigung der Interessen der Limmat-Schiffahrt
----------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, Art. 16 der Allgemeinen Polizeiverordnung (APV) dahingehend zu ändern, damit das Schwimmen auf der Strecke oder einer Teilstrecke des jährlich stattfindenden Limmatschwimmens öfter als nur einen Tag im Jahr erlaubt ist. Dabei sollen Sicherheitsaspekte und die Interessen der Limmat-Schiffahrt gebührend berücksichtigt werden. Der Wendekreis der Limmat-Schiffahrt und die Schiffahrtsstrasse sind nach Möglichkeit anzupassen.*

Postulat 2018/318	29.08.2018 12.09.2018	Stefan Urech (SVP) und Urs Helfenstein (SP) Anbringung von geschwindigkeitshemmenden Elementen auf dem Fischerweg zur Verbesserung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden
----------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auf dem Fischerweg geschwindigkeitshemmende Elemente und darauf hinweisende Signalisationen für E-Bikes angebracht werden können, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden zu gewährleisten.*

Postulat 2018/319	29.08.2018 19.09.2018	Stephan Iten und Maria del Carmen Señorán (beide SVP) Prüfung der notwendigen Lichtsignalanlagen zur Steuerung des Verkehrs
----------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu überprüfen, welche Lichtsignalanlagen zur Steuerung des Verkehrs auf Stadtgebiet notwendig sind. Weiter soll geprüft werden, welche der notwendigen Lichtsignalanlagen zum Beispiel in der Nacht temporär ausgeschaltet werden können.*

Postulat 2018/512	19.12.2018 16.01.2019	Elena Marti und Karin Meier-Bohrer (beide Grüne) Erstellung eines Fussgängerstreifens zwischen den beiden Schulhäusern Liguster und Halde B
----------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der Schule Liguster zwischen den beiden Schulhäusern Liguster und Halde B, an der Regensbergstrasse 112, ein Fussgänger\*innenstreifen installiert werden kann.*

Postulat 2019/81	06.03.2019 17.04.2019	Nicole Giger (SP) und Andri Silberschmidt (FDP) Einführung von Mediterranen Wochen in Zürich als Pilotversuch
---------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, Mediterrane Wochen in Zürich als Pilotversuch einzuführen. In den Monaten Juni bis August sollen bewilligte Terrassen- und Boulevardflächen am Wochenende (Freitag- und Samstagabend) zwei Stunden länger bewirtet werden dürfen. Dabei soll es sich vorerst um einen auf zwei Jahren befristeten Pilotversuch handeln.*

Postulat 2019/93	13.03.2019 17.04.2019	Sven Sobernheim (GLP) und Andri Silberschmidt (FDP) Ausgestaltung der Gebührenregeln für Free-floating Zweiradangebote hinsichtlich eines vielfältigen und effektiv nachgefragten Angebots
---------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie seine neuen Gebührenregeln für Free-floating Zweiradangebote so ausgestaltet werden können, damit sie ein vielfältiges, von den Nutzenden in Zürich effektiv nachgefragtes Angebot ermöglichen, welches das Ziel der integrierten öffentlichen Mobilität unterstützt, statt gefährdet. Dabei sollen maximal die Kosten, welche der Verwaltung anfallen, gedeckt werden. Insbesondere soll bei Zweiradanbietenden, welche den öffentlichen Raum nicht übermässig in Anspruch nehmen (max. 10% Nutzung der öffentlichen Abstellflächen), keine Nutzungsgebühren anfallen. Falls Anbietende abgabepflichtig werden, soll diese Abgabe abhängig von der Grösse der Flotte, Verteilung auf dem Stadtgebiet, Intensität der Nutzung, etc. sein. Insgesamt darf die Abgabe nicht innovationsverhindernd und nicht marktverzerrend sein.*

<b>Gruppe GR Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
Postulat 2019/110	20.03.2019 25.09.2019	Pawel Silberring und Barbara Wiesmann (beide SP) Optimierung der Priorisierung des öffentlichen Verkehrs
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Priorisierung des öffentlichen Verkehrs optimiert werden kann. Insbesondere sollen folgende Bereiche überprüft werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Anpassung an das Verkehrsaufkommen je nach Wochentag und Tageszeit, um auch inverkehrsarmen Zeiten die Fahrzeiten von Tram und Bus zu beschleunigen.</li> <li>2. Abbau von Behinderungen auf Abschnitten mit Mischverkehr durch schnellere Entleerung der OeV Fahrbahn.</li> <li>3. Einsatz von neuen Technologien für die Verkehrssteuerung zugunsten des OeV.</li> </ol> <p>Zudem soll die Zusammenarbeit mit der VBZ zur Identifizierung von weiteren Optimierungsmöglichkeiten gesucht werden.</p>		
Postulat 2019/194	15.05.2019 13.11.2019	Patrick Hadi Huber und Simone Brander (beide SP) Bericht über Aggressionen mit LGBTI-feindlichem Charakter sowie Aufnahme der Thematik in die Grundausbildung der Justiz- und Polizeibehörden
<p>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Aggressionen mit LGBTI-feindlichem Charakter auf dem ganzen Stadtgebiet erfasst und zu Analyse-zwecken in einem Bericht zusammengefasst werden können. Der Stadtrat soll sich darüber hinaus beim Regierungsrat dafür einsetzen, dass auch die kantonalen Behörden eine entsprechende Statistik auf Kantonsgebiet erheben. Generell soll der Umgang mit Aggressionen mit LGBTI-feindlichem Charakter Teil der Grundausbildung für die entsprechenden Justiz- und Polizeibehörden werden.</p>		
Postulat 2019/196	15.05.2019 05.06.2019	Olivia Romanelli (AL) und Pawel Silberring (SP) Weiterführung der bisherigen Praxis betreffend Erteilung von Tagesbewilligungen für die städtischen Lebensmittelmärkte
<p>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die bisherige Praxis im Umgang mit Tagesverkäuferinnen und Tagesverkäufern an den Zürcher Lebensmittelmärkten wiederhergestellt werden kann, damit finanzielle Einbussen durch Erwerbsausfall bei den Tagesverkäuferinnen und Tagesverkäufern vermieden werden können. Zudem soll die Attraktivität und Vielseitigkeit aller Zürcher Lebensmittelmärkte mittels Vergabe von Tagesbewilligungen an Kleinstände auf einfachem und unbürokratischem Weg gesichert werden. Sollte eine permanente Lösung Zeit brauchen, so soll in der Zwischenzeit die bisherige Praxis (vor Mai 2019) gelten, um weitere Einkommensausfälle für die Betroffenen zu vermeiden.</p>		
Postulat 2019/217	22.05.2019 12.06.2019	FDP-Fraktion Ermöglichung einer freiwilligen Teilnahme von Erwachsenen an der Schüler-Veloprüfung
<p>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie sich Erwachsene freiwillig und gegen eine kostendeckende Gebühr an der Schüler-Veloprüfung anmelden und daran teilnehmen können.</p>		
Postulat 2019/256	12.06.2019 10.07.2019	Sarah Breitenstein und Pascal Lamprecht (beide SP) Einbezug der zivilen Mitarbeitenden in den Prozess während der Gründungsphase des Forensischen Instituts Zürich
<p>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die heute bei der Stadt angestellten zivilen Mitarbeitenden während der Gründungsphase des Forensischen Instituts Zürich als selbstständige öffentlich-rechtlichen Anstalt und den ersten Betriebsjahren in den Prozess miteinbezogen und begleitet werden können. Dabei ist insbesondere die Möglichkeit der Gründung einer Personalvertretung zu prüfen, die unter anderem mit dem Erlass von Reglementen betraut oder bei deren Ausarbeitung miteinbezogen werden soll. Zudem ist den zivilen Mitarbeitenden, welche eine Überführung des Anstellungsverhältnisses zum FOR ablehnen, eine Anschlusslösung gemäss Art. 28 Abs. 2 des städtischen Personalrechts anzubieten.</p>		
Postulat 2019/293	26.06.2019 10.07.2019	Elena Marti und Katharina Prelicz-Huber (beide Grüne) Umbenennung des Platzes zwischen der Langstrasse 216 und 230 in Emilie-Lieberherr-Platz
<p>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob der Platz zwischen der Langstrasse 216 und 230 nach der Politikerin Emilie Lieberherr benannt werden kann.</p>		

<b>Gruppe GR Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
Postulat 2019/421	25.09.2019 23.10.2019	Res Marti und Markus Knauss (beide Grüne) Verbesserung der Verkehrssituation für Zufussgehende und Velofahrende im Haltestellenbereich der Hardbrücke

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Verkehrssituation für Zufussgehende und Velofahrende im Haltestellenbereich der Hardbrücke mit einfachen Mitteln verbessert werden kann. Dafür kommen zum Beispiel farbliche Markierungen des Wartebereichs für Zufussgehende mit gelben Flächen (analog Langstrassenunterführung), eine Signalisation eines separierten Fuss-Veloweg mit einer gelben Trennlinie, eine Ampelschaltung zusätzlich zu den Bodenlichtern usw. in Frage.*

Postulat 2019/480	06.11.2019 04.12.2019	Stephan Iten und Derek Richter (beide SVP) Nutzung der Busspur für Velofahrende, Pilotprojekt auf der Wehntalerstrasse
----------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird aufgefordert, in einem Pilotprojekt auf der Wehntalerstrasse, Abschnitt Neu-Affoltern bis Zehntenhausplatz, zu prüfen, wie Velofahrende die Busspur mitbenützen können. Nach Abschluss des Pilotprojekts soll ein Bericht erstellt werden, welche Erkenntnisse aus diesem Versuch gezogen werden können und ob auch auf anderen Abschnitten diese Art der Verkehrsführung einen möglichen Mehrwert bringen würde.*